

**Annoncen-
Bureau-Direktion.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witthelmsstr. 17)
bei G. H. Alrici & Co.
Breitekrasse 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei J. Streifand,
in Merseburg bei Jh. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Bureau-Direktion.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 97.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 8. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Zeile über deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am sel-
bsten Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Der große Tag.

Heute beginnt die wichtigste Debatte der ganzen diesjährigen parlamentarischen Session, die Verhandlung über die kirchenpolitische Vorlage der Regierung; es gilt der Entscheidung darüber, ob der Widerstand des preussischen Staates gegen die provozierenden Uebergriffe des Vatikans und das antinationalistische Jesuitenthum als ein Prinzipienkampf weitergeführt, oder ob er auf das Niveau einer gewöhnlichen politischen und diplomatischen Aktion herabgesetzt und dementsprechend behandelt werden soll. Die Regierung, welche die Vorlage eingebracht hat, verbindet damit den Gedanken, durch Entgegenkommen gegen die vatikanischen Wünsche wenigstens den größeren Theil der Zentrumsparthei zum Bundesgenossen im parlamentarischen Kampfe auf anderen Gebieten zu gewinnen.

Das ganze Manöver ist also — praktisch genommen — gegen die Liberalen gerichtet; sie sollen durch die neue Koalition zu möglicher Ohnmacht verdammt werden. Die Kanzlerpolitik soll fernerhin jeder etwa noch notwendigen Rücksicht auf sie überhoben sein.

Das Ganze charakterisirt sich um so drastischer, wenn man die Stellung der Deutschkonservativen zu der Vorlage in's Auge faßt. Sie werden dieselbe Punkt für Punkt unterstützen, wenn sie auch nicht für sie zu schwärmen vermögen, weil sie — ihnen noch nicht weit genug geht. In ihrer Durchbringung erblicken sie eine wichtige Etappe zu dem von ihnen immer deutlicher eingestandenem Ziele: Völlige Rückkehr zum mittelalterlichen Staate, zur Wiederherstellung des Ständewesens und eines scharf umgrenzten, tyrannischen Kirchenthums, das Hand in Hand mit dem Junkerthum die Masse des Volkes in völlig stagnirendem Zustande darnieder halten würde. Dieses Ziel ist in dem weiter unten besprochenen Artikel des Blattes „Die Innungen“ bereits in Aussicht genommen; es wird noch weit unumwundener eingestanden im Leitartikel der letzten „Kreuzzeitungs“-Nummer. Dort lesen wir, verbrämt mit zahlreichen Angriffen gegen den das Volk „atomisirenden“ Liberalismus:

„Die Auflösung aller korporativen Lebens ist ein großes Unglück für uns gewesen. Der Liberalismus hat die Ehre, in dieser Beziehung besonders verderblich gewirkt zu haben. Derselbe hat kein Verständnis für die Bedeutung der Korporation und eben so wenig für die organischen Gestaltungen unseres politischen und sozialen Lebens. Sein Ideal ist die völlige Auflösung des Volkes in lauter einzelne Individuen. Die Gemeinden bildeten nach alter Observanz wohlorganisirte Korporationen. Sie hatten ihre korporativen Rechte und Gebräuche; wer sich anschließen wollte, mußte nach Recht und Brauch aufgenommen werden. Keineswegs waren alle Individuen, die in der Gemeinde wohnten, gleichberechtigt und gleichgestellt; die Gemeinde war ein lebensvoller Organismus. Da gab es Bauern und Siedler, Vollbürger und solche, die nur auf Permission in der Gemeinde wohnten. Es war eine lebensvolle organische Abstufung der Rechte und Pflichten und damit des sozialen Gewichtes vorhanden. Jeder in der Gemeinde hatte seinen Platz und seine Geltung. — Das alles war an sich gut und hätte organisch fortgebildet werden sollen. Die Gesetze über Freizügigkeit und über den Unterstützungswohnsitz mußten zersetzend wirken. Die Organisation der Gemeinden wurde aufgelöst; die Korporation zerfiel in zerstreute Elemente. Wohl leben noch so viel hundert Menschen beisammen, die sich fortwährend hin- und herschieben; aber wir haben keine eigentliche Gemeinde-Korporation mehr. Das einzelne Individuum nimmt seinen Wohnsitz, wo es ihm behagt, ohne sich der Gemeinde anzuschließen. Ubi bene, ibi patria — wo es dem einzelnen am besten ergeht, wo er Arbeit und mehr noch Vergnügen findet, da läßt er sich nieder und zieht leichten Fußes fort, wenn es ihm nicht mehr behagt. Der Gemeinde Wohl und Wehe berührt ihn nicht; er sorgt nur für das eigene Wohlergehen. Eine Menge von Leuten, die zufällig beisammen wohnen — das ist nach und nach aus den alten Gemeinden geworden. Will man das korporative Leben wieder pflegen, so muß hier eingegriffen werden. Die Gemeinde muß wieder zu einer Korporation gestaltet werden. Damit hat man eine gute Grundlage für jede weitere korporative Entwicklung. Damit hängt zusammen, daß an Stelle des mechanischen und durchaus äußerlichen Unterstützungswohnsitzes wieder die Heimath treten muß. Heimathsrecht und Heimathsgefühl muß wieder entstehen. Darin liegt unendlich viel für die einzelne Seele, wie für die Gesamtheit des Volkes. Wir halten es auch für dringend geboten, innerhalb der Gemeinde wieder eine organische Gliederung eintreten zu lassen. Es muß das Vollbürgerrecht an andere Bedingungen geknüpft sein, als das bloße Einwohnerrecht. Es war ein großer und verhängnisvoller Fehler, daß man nicht politische und persönliche Gleichheit und Gleichberechtigung unterschieden hat. Auch innerhalb der Gemeinden sollte bei aller persönlichen Gleichheit, insbesondere vor Gericht, doch die Ausübung der eigentlich politischen Rechte an besondere Bedingungen geknüpft sein, insbesondere an ein entsprechendes Alter und an entsprechende Leistungen für die Gesamtheit. Ganz ähnlich, wie in der Gemeinde Bürger und Einwohner, Bauern und Siedler, Vollbürger und Halbbürger mit verschiedenen Rechten und Pflichten sein sollten, halten wir auch in Bezug auf die Reichsangehörigkeit einen Unterschied für geboten. Man sollte Reichsindigenat und bloße Reichsangehörigkeit unterscheiden. Wer in den Grenzen des deutschen Reiches wohnt und sich an das Reich anschließen will, dem gewähre man Gleichheit mit allen Gliedern des Reichs in Bezug auf die persönlichen Rechte. Aber ein Anderes sollte das Reichsindigenat sein, das die Gewährung auch der politischen Rechte in sich schließt. Glieder fremder Stämme (Semiten) möchten als Reichsangehörige angesehen und zum Genuß aller persönlichen Rechte zugelassen werden; aber das Reichsindigenat sollte nur erlangen, wer die notwendigen Bürgerschaften zu bieten vermag, daß er die Pflichten, die damit verbunden sein müssen, auch erfüllen kann. Politische Rechte sollten nicht ohne Weiteres jedem

eingeräumt werden, der es für gut ansieht, innerhalb der Grenzen des Reichs sich niederzulassen, der aber vielleicht nach kurzer Zeit schon in irgend einem anderen Lande seinen Wohnsitz nimmt, um dort seinem Geschäfte nachzugehen. Ganz ähnlich sollte es auch, das fügen wir hier nur flüchtig an, in der Kirche sein. Auch hier sollte man unterscheiden zwischen vollberechtigten Gliedern und einfachen Kirchen-Angehörigen. Es würde unschwer festzustellen sein, welche Eigenschaften und Leistungen von einem kirchlichen Vollbürger zu fordern und welche Rechte ihm zu gewähren seien, und welche Rechte dem zukommen mögen, der zwar ein Angehöriger der Kirche ist, aber nicht die notwendige Garantie dafür bietet, daß er in erspriechlicher Weise an dem Leben der Kirche und Gemeinde mitwirken kann. — Wir möchten also, um unsere Ausführung zu resumieren, organische, korporative Gestaltung zunächst der Gemeinde und in analoger Weise auch des Staates und der Kirche.“

Man kennt diese Sirenenklänge; noch versucht man, sie mit einschmeichelnder Zurückhaltung erschallen zu lassen, würde sich aber die Nation durch dieselben behörden lassen, so würde die Tonart bald eine andere werden. Der junkerliche „Vollbürger“ würde mit den „Einwohnern, Siedlern und Halbbürgern“, schließlich mit den Bürgern überhaupt bald nur noch in jenem bekannten schnarrenden Nasaltone reden, der sich nirgends in der Welt der Beliebtheit erfreut.

Schon durch die Thatsache, daß die solche Ideen vertretende Partei sich für die kirchenpolitische Vorlage ereifert und sie womöglich noch zu erweitern trachtet, muß die letztere höchst bedenklich erscheinen.

Zieht man noch in Betracht, daß wenn mit Hilfe der Vorlage wirklich ein intimeres Verhältniß zwischen der Regierung und dem Zentrum zu Stande kommen sollte, dann bei den nächsten Landtags- und Reichstagswahlen der reaktionäre Hochdruckapparat erst recht in Aktion treten würde, damit die Früchte der Allianz nun auch in den Volksvertretungen gepflückt werden könnten, — zieht man das in Betracht, so wird man sich sagen, daß hier eine der Fragen vorliegt, denen gegenüber die Liberalen einig dastehen müssen, wenn das Reden von ihrer Einigkeit mehr als Phrase sein soll.

Diese Einigkeit scheint denn auch wirklich hergestellt. Die fortschrittliche und die secessionistische Fraktion des Abgeordnetenhauses haben sich, wie berichtet wurde, bereits dahin entschieden, gegen die Vorlage zu stimmen. Jetzt sind diesem Beschlusse auch die Nationalliberalen gefolgt. Am Montag hat eine Fraktionsitzung stattgefunden, und hiebei gelangte, wie die „N. L. C.“ mittheilt, in sämtlichen Reden die Ansicht zum Ausdruck, daß man der Staatsregierung auf dem Wege, welchen sie in der Behandlung des kirchenpolitischen Streites gegenwärtig, insbesondere durch Wiedervorlage des bereits früher von ihr aufgegebenen Bischofsparagrafen eingeschlagen habe, nicht folgen könne. Die Fraktion wird, so erklärt die „N. L. C.“, der Vorlage gegenüber eine ablehnende Haltung annehmen. Sie knüpft an diese Mittheilung in ihrer Montagsausgabe noch folgende Erörterungen:

Mit allgemeiner Spannung wird den morgen beginnenden Verhandlungen über die Kirchenvorlage entgegengefeuert. Unter den liberalen Parteien herrscht Uebereinstimmung, daß in der kirchenpolitischen Frage der Weg der „diskretionären Vollmachten“ nicht ferner zu betreten und daher der vorliegende Gesetzentwurf abzulehnen sei. Inwieweit sich aus den bevorstehenden Verhandlungen ein liberales „Revisionsprogramm“ zur Maigesetzgebung ergibt, inwieweit bestimmt diejenigen Punkte dieser Gesetzgebung hervortreten, die nach liberaler Anschauung dauernd aufgehoben oder abgeändert werden können, müssen wir abwarten. Mit liberaler Hilfe ein Kirchengesetz unter den gegenwärtigen Verhältnissen und auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs zu Stande zu bringen, kann nicht mehr in Erwägung gezogen werden. Kommt ein Gesetz zu Stande, so wird es nur mit Hilfe des Zentrums geschehen, und trotz der ablehnenden Haltung, welche auch diese Partei vorläufig zu dem Entwurf einnimmt, herrscht die Meinung vor, sie werde schließlich zu einer Verständigung in irgend einer Form die Hand bieten. Das kann man deutlich aus der „Germ.“ herauslesen, wenn sie sagt:

„Es kann nicht zweifelhaft sein, daß das Zentrum das Gesetz, wie es vorliegt, zurückweisen muß; die Fraktion hat aber auch die Pflicht, dahin zu wirken, daß für die im Nothstande befindliche katholische Bevölkerung Erleichterungen durch feste, befriedigende Bestimmungen geschaffen werden. Ob es möglich sein wird, dem Gesetze eine Gestalt zu geben, welche, ohne Verzicht auf eine weitere Revision zu leisten, vielleicht zur Noth genügen könnte, hängt wesentlich von dem guten Willen und der Friedensliebe der Konservativen und Liberalen ab. Was die Regierung anlangt, so glauben wir, daß sie sich den über ihre eigenen Vorschläge hinausgehenden Beschlüssen des Abgeordnetenhauses nicht widersetzen kann, wenn sie nicht fortan auch den Theil des Odiums des Kulturkampfes, den die Liberalen bis jetzt getragen haben, auf ihr eigenes, ohnedies schwer belastetes Haupt übernehmen will.“

Wohl wird das Gesetz unter Mitwirkung des Zentrums schlimmer ausfallen, als unter Mitwirkung der Nationalliberalen, die vielleicht z. B. den Bischofsparagrafen beseitigen könnte; allein das kann ein zwingender Grund nicht sein, einen für erfolglos und nachtheilig erkannten Weg zu betreten.“

Mit liberaler Beihilfe wird also die Vorlage in keiner Form zum Gesetz erhoben werden; dies wird vielmehr nur mit konservativ-ultramontaner Unterstützung geschehen können. Um so schlimmer dürfte, wie die „N. L. C.“ mit Recht bemerkt, das Gesetz ausfallen. Man muß sich daher mit großer Be-

forgniß fragen, ob die Vorlage überhaupt nicht doch noch zu Fall gebracht werden kann, und, gottlob, die Aussichten sind wenigstens nicht ganz hoffnungslos.

Das Zentrum wird schließlich zustimmen; wenn aber die Freikonservativen sich nicht selbst ganz aufgeben wollen, können sie der Vorlage mit Bischofsparagraph u. c. nicht zustimmen, und ohne denselben wird das Zentrum Nichts von ihr wissen wollen. Das Rünglein der Wage wird sich daher schließlich wohl auf die Seite neigen, zu welcher die Polen sich schlagen. Die sind aber durch die von der Regierung der Vorlage beigegebenen Motive auf's Tiefste erbittert. Der Ausgang des Kampfes ist also noch keineswegs ganz sicher vorherzusehen. Freilich müßte dann auch auf jeden einzelnen Liberalen sicher zu rechnen sein.

Grade zur rechten Zeit ist daher noch eine bereits angekündigte Flugschrift „Canossa“ von dem nationalliberalen Abgeordneten Götting-Silbesheim in Berlin erschienen, um den Landtagsmitgliedern noch vor Eintritt in die Debatte des Kirchengesetzes in ausgedehnter Weise das notwendige Material an die Hand zu geben. Unterstützt durch massenhafte Thatsachen wird die Nothwendigkeit einer nationalen Erziehung der Priester nachgewiesen, die Geschichte und der Inhalt der Maigesetze rekapitulirt und der Beweis wiederholt, daß in keinem Punkte durch dieselben das katholische Gewissen bedrängt sein könne, soviel dies auch behauptet sein mag. Wir zweifeln nicht daran, daß diese lichtvolle Arbeit ebenso heftige Angriffe im ultramontanen Lager hervorbringen, wie den Beifall aller Nichtultramontanen sich erringen wird, weshalb wir weitere Kreise auf die Schrift aufmerksam gemacht haben wollen.

Die „Innungen der Zukunft“.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ hat neulich mit einiger Anerkennung von den Bestrebungen der durch den bairischen Freiherrn von Fehrenbach hervorgerufenen „sozialkonservativen Vereinigung“ gesprochen, welche bekanntlich die Elemente des Zentrums und der konservativen Partei auf sozialreaktionärer Grundlage mit einander verschmelzen will. Das Organ dieser merkwürdigen Gruppe, die „Innung“, erklärt es schon für einen erfreulichen Fortschritt, daß die in dem Programm der sozialkonservativen Vereinigung verlangte „Zusammenfassung der Handwerker, der Bauern und der Arbeiter zu sozialpolitischen Interessengruppen oder, mit anderen Worten, die Neubildung von Ständen (!)“, nach der „N. A. Z.“ jetzt auch von der Regierung als das zu erstrebende Ziel anerkannt werde. Aber das Blatt ist mit dieser Anerkennung nicht zufrieden, meint vielmehr, daß in Regierungskreisen noch immer viel Unklarheit mit unterlaufe, was u. A. daraus hervorgehe, „daß man im Reichsamt des Innern, Zeit und Mühe darauf verschwendet hat, abermals ein sogenanntes Normal-Statut (für Innungen) auszuarbeiten, eine Arbeit, die in unseren Augen absolut keinen andern Werth hat, als die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Aufgaben abzulenken und, falls man von denselben Gebrauch machte, die fernere Entwicklung in falsche Bahnen zu lenken.“ Will man — so wird die Regierung belehrt — mit dem „korporativen Prinzip“, von dem jetzt so viel die Rede ist, wirklich Ernst machen, so muß man vor Allem den Gesichtspunkt festhalten, „daß man Stände, wenn diese anders Leben haben und äußern sollen, überhaupt nicht macht, sondern daß dieselben aus sich selbst heraus und nach dem eigenen, ihnen innewohnenden Gesetze erwachsen müssen.“ Dies Aus-sich-selbst-heraus-erwachsen wird nun dahin erläutert, daß die zerstreuten Glieder des Handwerkerstandes „unter der Leitung der Regierung, d. h. nicht als Partei, sondern als ein zu beachtendes Glied des Volkskörpers“ zusammenzutreten, berathen und sich äußern dürfen. „Seider aber — klagt das sozialkonservative Organ — scheint man noch immer eine förmliche Angst davor zu haben, mit der Masse der Bevölkerung in größerem Maßstabe öffentlich zu verhandeln,“ obgleich doch die Masse der Bevölkerung konservativ, d. h. verständig sei. Ueber die Innungen der Zukunft, wie sie diese „Masse der Bevölkerung“, so weit sie den Handwerkerstand betrifft, beschließen wird, erfahren wir Folgendes: „Die Innungen der Zukunft können nicht mehr städtische, sondern müssen Staats- oder Reichs-Innungen und damit als Ganzes ein vollberechtigtes, in sich selbstständiges, auf eigener Kraft beruhendes Glied der Gesamtheit sein.“ Eine Gliederung im Innern sei nicht ausgeschlossen. Das Erste, was das Organ verlangt, ist, „daß die Regierung Alles, was sich heute zum Handwerk rechnet, sei es kreis-, sei es provinzweise, durch freigewählte Delegirte unter staatlicher Autorität und Leitung zusammenzutreten läßt, um auf diesem Wege die notwendige Führung zu gewinnen und auf authentische unmittelbare Weise über das in den Handwerkerkreisen pulstrende Leben und Streben aufgeklärt zu werden.“ Hoffentlich würden diese Delegirten besser wissen, was sie wollen, als das Organ der sozial-konservativen

Bereinigung, sonst müßte die Unklarheit, welche nach dem Blatte in Regierungskreisen über die Handwerkerfrage „mit unterläuft“, noch erheblich größer werden.

Goldmangel?

In der Debatte über die Währungsfrage, mit welcher der Reichstag noch in letzter Stunde bedacht wurde, hatte der Abg. Bamberger die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Diskussion, wie sie auch immer verlaufe, in jedem Falle demnächst in dem Organ der deutschen Bimetallisten, in der „Berl. Börs.-Ztg.“, als ein Sieg der Doppelwährungsmänner gefeiert werden würde, denn nur zum Zweck dieses Scheineffekts nach Außen hätten die Gegner der Doppelwährung die Debatte herbeigeführt. Diese Voraussetzung ist denn auch eingetroffen, obwohl es sicher keine leichte Aufgabe war, die Reden der beiden bimetallistischen Abgeordneten Leuschner und von Neden herauszustreichen gegenüber dem inhaltreichen Vortrage, mit welchem der Abg. Bamberger in ebenso klarer, wie erschöpfender Weise den Standpunkt der Anhänger der Goldwährung vertrat. Der Abg. Leuschner blieb nämlich der von ihm bereits in der Zolldebatte befolgten Praxis getreu, einen Regen von Zahlen auf seine darob gewiß nicht erbauten Reichstagskollegen niederprasseln zu lassen; er brachte es sogar fertig, eine ganze achtpaltige Tabelle zu „sprechen“. Der Abg. v. Neden debütierte mit einer wohl präparierten Rede, die nur den einen Fehler hatte, daß sie gar keine Antwort auf die Rede war, welche der Abg. Bamberger soeben gehalten hatte, sondern auf die, welche er nach der Erwartung des Abg. v. Neden hätte halten sollen. Herr Bamberger hatte Herrn v. Neden nicht den Gefallen gethan, die Goldwährung für eine politische Parteifrage oder die Handelskammern für inkompetent zu erklären, sondern das Gegenteil ausdrücklich behauptet. Daher machte es sich wahrhaft komisch, als Herr v. Neden, unvorbereitet wie er sich hatte, im Tone des Widerspruchs gegen den Vordredner dasselbe sagte, wie dieser. So ist es denn auch erklärlich, daß die unter den gegenwärtigen Verhältnissen wichtigste Frage, welche der Abg. Bamberger überdies seinen Gegnern ausdrücklich vorlegte, ohne Antwort blieb, die Frage nämlich, wie die Bimetallisten den Nachweis für den von ihnen behaupteten Goldmangel führen wollen, da sie doch gar nichts über den wirklichen Goldbedarf der Welt zu sagen wissen. Sie berufen sich einmal darauf, daß die jährliche Goldproduktion, welche gegenwärtig ca. 400 Mill. Mark beträgt, in den 50er Jahren nach Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldlager sich auf 700 Mill. M. (1856 bis 1860 im höchst dagewesenen Durchschnitt übrigens nur 574 Mill.) belaufen habe.

„Warum sollen denn aber“, fragte der Abg. Bamberger mit vollem Rechte, „diese einmaligen hohen Ziffern den Maßstab liefern für dasjenige, dessen die Welt regelmäßig bedarf? Wer will überhaupt die Formel angeben für die Höhe dieses Bedürfnisses? Ich habe bis jetzt noch kaum eine Maxime darüber aufstellen können. Man hat höchstens die Maßstäbe der vorhandenen Zirkulationsmittel der verschiedenen Länder als das tatsächlich Gegebene; einen Maßstab dessen, was an Zuwachs erfordert wird, kann man unmöglich a priori feststellen. Und am wenigsten können wir sagen, es müsse auch der Bedarf an jährlichem Zuwachs unbefriedigt bleiben, weil nicht mehr die allerhöchste Ziffer einer um dreißig Jahre zurückliegenden Epoche an Gold produziert werde. Wir würden also rein in der Hand des Zufalls sein, und wenn einmal in einem Jahre zwei Milliarden Gold entdeckt würden, müßte daraus geschlossen werden, daß von nun an der jährliche Bedarf auf zwei Milliarden anzuschlagen sei.“

Ebenso wie der Abg. v. Neden, sind bisher die Bimetallisten überhaupt auf diese Frage stumm geblieben. Sie haben die Existenz eines Goldmangels nur noch aus einem in den letzten Jahren beobachteten Symptom erweisen wollen, nämlich aus der Abnahme der Goldzufuhr in England und dem Abfluß euro-

päischen Goldes nach Nordamerika. Für dieses Argument rückte denn auch Herr Leuschner mit seiner als Bestandtheil des stenographischen Berichts wohl einzig dastehenden Tabelle ins Gefecht. Aber aus seinen Zahlen ergibt sich nur, daß England, welches in der Zeit von 1858—1878 87 Millionen Pfd. Sterling Gold aufgenommen hatte, davon in den Jahren 1879—81 12 Mill. wieder abgegeben hat, und daß die Vereinigten Staaten, welche zur Zeit der Papiervaluta große Summen Goldes abgegeben hatten, nach Wiederaufnahme der Baarzahlungen wieder Gold an sich gezogen haben. Beide Vorgänge entsprechen so sehr den natürlichen Gesetzen des Verkehrs, daß daraus ein wirklich vorhandener Goldmangel nimmermehr erwiesen werden kann; aber selbst die Verwertung dieser Vorgänge wird den Bimetallisten voraussichtlich immer schwieriger werden, da die Vereinigten Staaten ihren Bedarf rasch gedeckt zu haben scheinen. Wie die „Berl. Börs.-Ztg.“ ankündigt, soll übrigens der stenographische Bericht über die Währungsdebatte von dem neuen „Deutschen Verein für internationale Doppelwährung“ in einem Separat-Abdruck publiziert werden. Sonderlichen Staat wird der Verein mit dieser Publikation schwerlich machen, wenn auch den Argumenten der bimetallistischen Redner ihr Inspirator aus der „Börsen-Ztg.“ noch durch einige beigegebene Glossen aufzuhelfen versuchen sollte. Es möchte sich deshalb auch wohl empfehlen, daß die Anhänger der Goldwährung, die zur Zeit einer festen Vereinigung freilich entbehren, aber recht passend einen „Bund zum Schutz der nationalen Goldwährung“ stiften könnten, von dem Verein eine entsprechende Anzahl Exemplare der Publikation zur Verbreitung auf eigene Kosten zu erwerben suchten; ihrer Sache kann damit nur trefflich gedient sein.

Deutschland.

+ Berlin, 6. Februar. Eine landwirtschaftliche Zeitung in Schlesien fand vor drei Monaten, die Spirituspreise an den deutschen Märkten seien im Vergleich mit denen anderer Produktionsländer viel zu niedrig, und empfahl demzufolge den deutschen Brennereibesitzern die Errichtung eigener Niederlagen, um den deutschen Markt vor Ueberführung zu schützen und so ein richtiges Preisverhältnis wieder herzustellen. An diesen Niederlagen sollte jeder Produzent einen Theil seiner Spiritusausbeute abliefern, und zwar gegen Bezahlung des augenblicklichen Marktpreises; der Verkauf des gelagerten Spiritus sollte erst stattfinden, sobald der Preis wieder eine angemessene Höhe erreicht hätte, und der erzielte Ueberschuß abzüglich der Verwaltungskosten dann an die Produzenten nach Maßgabe ihrer Ablieferungen verteilt werden. Die Sache schien so sehr das Ei des Columbus, daß die Zeitung nicht für nöthig hielt, die Quelle zu bezeichnen, aus der die Mittel zur Bezahlung des gelagerten Spiritus fließen sollten, geschweige denn die Möglichkeit in's Auge zu fassen, daß binnen absehbarer Zeit eine Preiserhöhung ausbleibe und das Lager mit Verlust verkauft werden müßte. Vermuthlich wurde als ausgemacht angesehen, daß die großen Bankiers und vielleicht die Reichsbank selbst sich um die Egre streiten würden, für ein so unfehlbar sicheres und zugleich so eminent nationales Geschäft einen unbegrenzten Kredit zur Verfügung zu stellen. Es handelte sich mit Einem Worte darum, daß die Brennereibesitzer eine Hausseespekulation in Spiritus nicht den berufsmäßigen Börsenspekulanten überlassen, sondern für gemeinsame Rechnung selbst unternehmen sollten, und zwar zu einer Zeit, wo die berufsmäßigen Börsenspekulanten gar keine Neigung zeigten, auf eine Hausseespekulation in Spiritus sich einzulassen, also jedenfalls die Meinung nicht theilten, daß die Preise im Verhältniß zu denen anderer Produktionsländer zu niedrig seien. In

der That kann man den deutschen Produzenten nur Glück wünschen, daß sie auf den Vorschlag des landwirtschaftlichen Blattes nicht eingegangen sind; sie hätten sonst für einen Theil ihrer laufenden Produktion vielleicht einen höheren Preis erzielt, für den größeren Rest aber höchstwahrscheinlich einen um so niedrigeren erhalten. Gerade in den letzten drei Monaten ist die Nachfrage nach deutschem Spiritus zum Export so ganz ungewöhnlich lebhaft gewesen, daß die Spiritusfabrikanten sich schließlich zum Theil genöthigt gesehen haben, fernere Aufträge abzulehnen. Die Ursache dieser lebhaften Nachfrage lag einerseits in den niedrigen Preisen, andererseits aber in der Wahrscheinlichkeit, daß in Frankreich binnen Kurzem die durch den allgemeinen Tarif bedingte Erhöhung des Einfuhrzollses für deutschen Spiritus von 15 auf 30 Francs pro Hektoliter in Kraft treten werde. Die in den letzten Jahren in Deutschland, in Schweden, in Rußland gemachte Erfahrung, daß beim Vorhandensein einer Zollerrhöhung die Kaufleute des davon bedrohten Landes große Anstrengungen machen, um vorher noch möglichst viel von den theilhaftigen Artikeln über die Zollgrenze einzuführen, hat sich jetzt auch in Frankreich wieder bewährt; offenbar sind auch die französischen Spiritusimporteure noch nicht von der goldenen Wahrheit überzeugt, daß das Ausland den Zoll trägt. Wir werden nun aber auch die erfahrungsmäßige und nothwendige Folge sich wiederholen sehen, daß die Periode des gewaltsam gesteigerten Imports einer längeren Ruhepause Platz macht, und diese wird, da der französische Bedarf an deutschem Spiritus für mehrere Monate im Voraus gedeckt worden zu sein scheint, wahrscheinlich unter allen Umständen eintreten, gleichviel ob die Zollerrhöhung stattfindet oder ob sie durch einen Handelsvertrag mit einem der Staaten, mit denen Deutschland das Meistbegünstigungsrecht theilt, definitiv ausgeschlossen wird. Die hervorgehobenen Thatfachen, die denkbar günstigsten für den Absatz der deutschen Spiritusproduktion, haben gleichwohl nicht verhindern können, daß der schon vor drei Monaten vermeintlich viel zu niedrige Preis an den deutschen Märkten seitdem noch um völlig 6 pCt. weiter zurückgegangen ist; man stelle sich nun vor, welches Resultat die Spekulation nach dem Programm des landwirtschaftlichen Blattes ergeben haben würde, wenn die Verwaltungen der Niederlagen sich erst nach dem Aufhören der französischen Frage entschlossen hätten, die aufgeschickten Vorräthe an den Markt zu bringen! Sollte darnach nicht aber auch das zitierte landwirtschaftliche Blatt eine etwas bessere Meinung von der Arbeitstheilung zwischen Spiritusproduzenten und Spiritushändlern gewinnen?

— Der Reaktion sind diejenigen hochgestellten Beamten, welche sie mit Recht oder Unrecht für Liberaler hält, als ihr lieb ist, ein Dorn im Auge. Die stille aber stetige und emsige Arbeit an ihrer Beseitigung gepflegt zunächst in mehr oder weniger deutlichen Notizen an das Tageslicht zu treten, welche in den reaktionären Blättern erscheinen. Ist das Ziel erreicht, und hat der mißliebige Beamte das Feld geräumt, dann sucht man der wahren Ursache des Rücktritts irgend ein Mäntelchen umzuhängen. Man weiß auf das hohe Dienst- und Lebensalter, die Ruhebedürftigkeit des Beamten oder ähnliche Umstände hin, um aus ihnen den Rücktritt zu erklären und ihn als vollständig erklärlich und unverdächtig hinzustellen. Dies Spiel, welches in sehr durchsichtiger Weise den Rücktritt des Oberpräsidenten von Horn begleitete, wiederholt sich gegenwärtig in Bezug auf den Justizminister Dr. Friedberg. Man meint, derselbe sei beinahe siebzig Jahre alt und sehne sich danach, in das Privatleben zurücktreten zu dürfen. Wäre dem wirklich so, so würde Dr. Friedberg kaum noch das Amt eines preussischen Justizministers übernommen haben, welches er, bis dahin im Reichsdienst, erst seit dem 29. Oktober 1879 bekleidet. Daß sein Gesundheitszustand seitdem ein derartiger

Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von G. Sternau.

(Nachdruck verboten.)

(21. Fortsetzung.)

„Sind Sie wirklich so eigensinnig?“

„Man sagt mir, daß ich es sei“, erwiderte Flora, „aber ich glaube es nicht. Auch Val hält mich dafür, wie ich vermute.“

„Wer ist Val?“ fragte Helene neugierig.

„Wer Val ist? Nun, der Herr, der hübsche junge Mann, der diesen Abend bei uns im Salon war, als Sie kamen, um Dr. Dimford zu holen.“

„Ich habe ihn nicht bemerkt.“

„Er saß auf dem Sopha.“

„Ach, jetzt erinnere ich mich. Ein Herr, der, das Gesicht von mir abgewandt, tief in die Betrachtung eines Albums verloren war. Also er ist hübsch, Flora?“

„Sehr hübsch.“

„Ist er vielleicht mit Miß Flora Andison von Hernley verlobt?“ fragte Helene lächelnd. „Gestehen Sie es nur offen.“

„Ja, ich bin viel zu stolz auf ihn, als daß ich es verheimlichen sollte. Heute bin ich ihm verlobt worden, aber ich liebe ihn schon lange.“

„Was ist er, ein Gutsbesitzer, ein Edelmann? Warum sollte nicht ein so schönes Mädchen von so guter Familie wie Sie einen Grafen zum Gemahl erhalten?“ rief Helene.

„Er ist Advokat.“

„Ein Advokat!“ wiederholte Helene in einem so eigenthümlichen Tone, daß Flora, die vor dem Toiletteisch stand, sich betroffen nach ihr umwandte.

„Ja und ein sehr geschickter. Ich hoffe lange genug zu leben, um ihn noch als General-Staatsanwalt zu sehen.“

„Wie heißt er?“

„Merri“, Valentin Merri“, erwiderte Flora.

13. Kapitel.

Der Eindruck, welchen die Nennung dieses Namens auf Miß Shalbon machte, war so überwältigend, daß es der Tochter des Baronets nicht entgehen konnte. Alle Farbe war aus ihren

Wangen gewichen, wild starrten ihre weit geöffneten Augen und krampfhaft preßte sie die Hände auf das Herz, aber nur für einen Augenblick. Die Röthe ihrer Wangen kehrte wieder und lächelnd sagte Miß Shalbon:

„Ich hoffe und wünsche, daß er der beste der Gatten für Sie werden möge.“

„Kennen Sie ihn?“ fragte Flora.

„Der Name ist mir nicht unbekannt, er überraschte mich“, erwiderte Helene gelassen. „Ich kannte einen Herrn Namens Merri.“

„Wo lebte er?“

„In Yorkshire“, versetzte Helene nach momentanem Zögern. „Das kann mein Valentin nicht sein“, sagte Flora; „er ist immer in London oder bei seiner Mutter in Richmond.“

„Nein, es kann nicht derselbe sein“, stimmte Helene bei;

„der Herr, den ich meine, war ein strenger, ungeschöner Mann mit harten Zügen, gegen den ich großen Widerwillen empfand und für den ein Mädchen wie Sie schwerlich Liebe empfinden könnte. Aber jetzt werde ich Ihnen gute Nacht sagen.“

„Ich fange auch an, mich ein wenig müde zu fühlen, Helene.“

„Es war bei alledem doch nicht recht von mir, Sie beim Wort zu nehmen und mit hierher zu bringen, sagte Miß Shalbon bedauernd. „Sie sehen, ich bedarf Ihres Beistandes nicht, und möge der Himmel verhüten, daß es dennoch der Fall sei.“

„Dazu sage ich Amen.“

„Ich war selbstmüde und sehnte mich nach Gesellschaft, das war Alles. Gute Nacht“, sagte Helene.

„Gute Nacht“, erwiderte Flora und Helene verließ das Zimmer.

Was konnte Helene wohl damit gemeint haben, als sie sagte, in jenem anderen Zimmer spuke es in gewisser Beziehung? Flora hörte sie noch lange Zeit in jenem Zimmer auf und abgehen, die Wände waren dünn und die Herrin des Hauses schien dies vergessen zu haben. Einmal, oder sollte ihr Ohr sie getäuscht haben, glaubte Flora ihre Nachbarin laut flüchnen zu hören: zu stolz, um die Lauscherin zu spielen, klopfte sie an die Wand.

„Fehlt Ihnen etwas?“ fragte Helene sogleich von der anderen Seite.

„Ich glaubte, Sie hätten mich gerufen?“

„Nein, Kind, nein.“

„Sie sprechen wohl mit sich selbst?“

„Es ist eine schlechte Angewohnheit von mir. Sie sollten jetzt schon längst schlafen, Flora. Nochmals gute Nacht.“

„Gute Nacht“, erwiderte Flora.

Alles war endlich ruhig. Miß Shalbon hatte den zarten Wink verstanden, und kein Laut unterbrach mehr die Stille, welche jetzt im Hause herrschte. Flora that einen Blick in die Dunkelheit hinaus auf die Bäume, deren Zweige, vom kühlen Nachtwinde bewegt, bis nur wenige Fuß von ihrem Fenster reichten, verflüchtete dann ihr Licht und legte sich wieder zu Bett.

Aber der Schlaf wollte sich bei ihr nicht so bald einstellen, und als sie so wachend dalag, bereute sie die Eile, mit der sie das Licht ausgelöscht. In ihrem Zimmer in Hernley litt sie weder Licht noch Nachtlampe, aber hier in Weddercombe wäre es ihr lieber gewesen, wenn sie das Licht hätte brennen lassen.

Sie erinnerte sich plötzlich, daß sie die Thür ihres Zimmers nicht verschlossen habe, und da sie sich in einem fremden Hause unter Fremden befand, dachte sie, daß sie Unrecht gethan habe, diese kleine Vorsicht zu unterlassen. Gleich darauf aber belachte sie diesen Gedanken und suchte denselben zu vergessen, indem sie sich die Ereignisse des vergangenen Tages, Hernley und Valentin in ihre Erinnerung zurückrief und von der Zukunft träumte. Welch eine Veränderung würde das sein, wenn sie erst verheiratet wäre und in London leben würde.

Nicht in einem großartigen Hause würden sie wohnen, Valentin's Einkünfte erlaubten das nicht, aber in einem hübschen, reizend eingerichteten Häuschen. Aber ja nicht mit Valentin's Mutter zusammen. Sie hatte zwar die stattliche alte Dame, die im vergangenen Sommer auf einige Tage zum Besuch in Hernley Hall gewesen, recht lieb gewonnen, aber die Aussicht, für immer und ewig mit ihr zusammen zu leben, wollte ihr nicht behagen. Valentin liebte zwar seine Mutter sehr, aber er war zu verständlich, um einer jungen Frau eine Schwiegermutter als Hausgenossin aufbürden zu wollen. Deshalb wollte sie auch die nächste Gelegenheit benutzen, ihn in dieser Beziehung ihre An-

geworden, daß der hohe Beamte deshalb sein Amt aufzugeben wünscht, hat nirgends eine Begründung und ist eine müßige Erfindung Derer, welche seinen Rücktritt zu wünschen scheinen. Auch durch die ungerechtfertigten Angriffe des Abgeordneten von Rauchs auf den Justizetat und die Justizverwaltung ist die Gesundheit des Ministers in keiner Weise erschüttert worden.

— Daß die Ergebnisse der deutschen Handelsstatistik von der schützöllnerischen Presse in jeder Weise und unter völliger Mißachtung der durch die Beschaffenheit dieser Statistik bedingten Beschränkungen für die Bertheiligung der neuen Wirtschaftspolitik ausgebeutet werden, kann nicht überraschen, nachdem vom Bundesratshof aus hierfür das Beispiel gegeben worden ist. Es ist z. B. eine durch wiederholte Diskussion im Reichstage und in der Presse nachgerade wohl notorische Thatsache, daß die Zahlen unserer Ein- und Ausfuhrstatistik seit 1880 in Folge der bewirkten Reform der statistischen Erhebungen die Vergleichbarkeit mit den Zahlen früherer Jahre zum allergrößten Theil eingebüßt haben. Trotzdem lassen die Schützöllner es sich nicht nehmen, immer wieder ohne jede Rücksicht auf die eingetretenen Veränderungen Vergleichen mit früheren Jahren anzustellen. Neuerdings ist dies zum Beispiel wieder betreffs der Rohstoffe, Halb- und Ganzfabrikate der Wollindustrie geschehen. Wie kann man es aber unternehmen, die Zahlen für die Ausfuhr an deutschen Wollenwaren ohne Weiteres mit den Zahlen früherer Jahre zu vergleichen, wenn man weiß, daß unsere Ausfuhrstatistik bis 1880 überhaupt lückenhaft war, daß speziell die Ausfuhrstatistik für Textilwaren an großer Unvollständigkeit litt, weil in den Ausfuhrlisten neben den vollständig deklarirten Waaren noch alljährlich 150,000—200,000 Zentner unvollständig deklarirter Manufakturwaren figurirten, ganz abgesehen von den weiteren Hunderttausenden von Zentnern, die außerdem noch als unvollständig deklarirte Rollen aufgeführt wurden? Nur Unkenntniß oder Unehrllichkeit kann ohne jede Erwähnung aller dieser die Vergleichung beeinträchtigenden Umstände die Zahlen für 1881 mit den Zahlen früherer Jahre vergleichen. Die Herren Schützöllner mögen übrigens wenigstens von denjenigen Männern lernen, denen die Reichsregierung selbst Vertrauen schenkt, und deshalb den Aufsatz über die Handelsstatistik studiren, den Herr von Scheel, Mitglied des statistischen Amtes, und sicher hieb- und stichfester Anhänger der neuen Wirtschaftspolitik, im neuen Hefte des Schmoller'schen Jahrbuchs veröffentlicht hat. Sie werden hier von einer für sie doch unanfechtbaren Autorität lernen, in wie sehr beschränktem Maße die Jahre 1880 und 1881 mit früheren Jahren verglichen werden können, wenn man gewissenhaft zu Werke geht.

— Wie berliner Zeitungen melden, hat nach einem Diner beim Reichskanzler am Sonnabend, an welchem u. a. der Präsident und der Oberreichsanwalt beim Reichsgericht, Dr. Simson und Hr. v. Seckendorff, sowie der Staatssekretär v. Schelling und der Justizminister Friedberg Theil nahmen, eine längere Besprechung über die jetzt wieder akut gewordene Frage stattgefunden, auf welche Weise die Differenzgeschäfte an der Börse zu beschränken und zu fassen seien, ob durch eine sehr hohe Besteuerung der Termingeschäfte, ob durch strafgesetzmäßige Bestimmungen oder auf andere Weise.

— Wie die „Germania“ hört, ist dem Domkapitel zu Breslau ein päpstliches Breve zugegangen, in welchem der h. Vater die Haltung des Kapitels belobt und den Verzicht desselben auf die Wahl eines Fürbischöf's acceptirt. Das Blatt bemerkt dazu: In welchem Stadium sich die Breslauer Bischofsfrage befindet, ist uns unbekannt: es ist wohl aber irrig, wenn man die Lösung derselben schon nach Tagen berechnet.

sichten ahnen zu lassen, und er würde schon den leisesten Wink verstehen.

Ueber diesen Gedanken war sie eingeschlafen. Wie lange ihr Schlaf gedauert, wußte sie nicht, als sie plötzlich jäh empor fuhr. Hatte sie ein Traum erschreckt?

Sie richtete sich auf, und eine leise Furcht bewältigend, die sie beschleichen wollte, blickte sie um sich. Alles war dunkel, irgend ein Geräusch, dessen Ursache sie zu errathen suchte, mußte sie geweckt haben. Sie strengte ihre Augen an und konnte endlich das Fenster und die weißen Vorhänge undeutlich unterscheiden, so wie einen schwachen Lichtschein auf dem Spiegel, der auf dem Toilettentisch stand. Dieser Lichtschein hatte, je mehr sie hinsah, etwas Bedrückendes für sie. Sie hatte denselben vorher nicht bemerkt und war gewiß, daß, ehe sie eingeschlafen, Alles dunkel gewesen. Wenn die Thür des Zimmers offen gestanden hätte, so wäre es möglich gewesen, daß das Licht einer Lampe, welche am Ende des Ganges an der Wand angebracht war, diesen Schein verursacht hätte. Aber wer konnte die Thür geöffnet haben? Sie wußte ganz genau, daß Helene Schalton dieselbe hinter sich geschlossen, als sie das Zimmer verlassen hatte. Wer mochte sie jetzt geöffnet haben?

(Fortsetzung folgt.)

Stadttheater.

Posen, den 7. Februar.

Mit Hugo Bürgers vieractigem Lustspiel „Der Jour fix“ als Novität feierte gestern Herr Kettly sein Benefiz; er feierte es in einem ausverkauften Hause, worin hier beim Schauspiel auch noch ein geräumtes Orchester zu zählen ist. Damit war denn auch vor allen Dingen der Ehrentag für den Künstler ein durchschlagend befriedigender. Das Stück soll in erster Linie die an den Stätten des Reichthums übliche Gewohnheit, an bestimmten Tagen der Woche einen universellen ästhetischen Kultus zu treiben, verspotten, natürlich in seiner Karikatur, den das Haus des biedereren Rentier Buchholz entbehrt der eigentlichen sichten den Agende und was die Frau Gemahlin zu diesem Zwecke zusammenschneißt, ist des Schweißes der Edlen nicht werth. Dieser „Jour fix“ findet im zweiten Akte wirklich statt, wird aber

— [Kandidaten für das Abgeordnetenhaus.] Aus der neuesten Nummer der „Parlament. Korresp.“ der Fortschrittspartei geben wir folgenden Abschnitt wieder: Ende September dieses Jahres läßt die Wahlperiode für das preussische Abgeordnetenhaus ab. Es wird Zeit, für die dann bevorstehenden Neuwahlen die Kandidaturfragen vorzubereiten. Insbesondere ailt dies von solchen Wahlkreisen, welche zur Zeit nicht durch die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus vertreten sind. Die Erfolge bei der letzten Reichstagswahl verdankt die Fortschrittspartei u. A. der frühzeitigen Vorbereitung ihrer Kandidaturen. Schon 16 Monate vor dem Wahltermin begann die Korrespondenz darüber von der Zentralkasse aus und auf den ein volles Jahr vor dem Wahltermin stattgehabten Parteitagen wurden überall die Kandidaturfragen vertraulich erörtert. Bereits im vorigen März konnte danach die erste Kandidatenliste mit 29 Namen veröffentlicht werden, von welchen nachher 19 auch wirklich gewählt worden sind. Die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus muß bei den Neuwahlen erstrebt sein, zum mindesten ihre frühere Stärke von 1873 bis 1879 (60 bis 70 Mitglieder, statt gegenwärtig 37) wiederzugewinnen. Konservative, Nationalliberale, Sezessionisten beschäftigen sich auch bereits mit den Kandidaturfragen für das Abgeordnetenhaus. Die der Wahlzeit unmittelbar vorhergehende Reise- und Badeaison empfiehlt es besonders, die Kandidaturfragen schon vorher ihrem Abschluß entgegenzuführen. Dort, wo man auf ein Zusammengehen mit andern Liberalen angewiesen ist, empfiehlt sich eine frühzeitige Erlebigung der Kandidaturfragen ganz besonders, weil man sich später leichter über bestimmte Personen als über Prinzipien einigt. Selbstverständlich handelt es sich für jetzt und zunächst nicht um öffentliche, sondern nur um private und vertrauliche Verhandlungen über Kandidaturfragen. Im Herbst 1879 war der Kandidatenmangel recht empfindlich. Die damalige Umgestaltung aller Personalverhältnisse unter den Juristen, die nothwendige Einarbeitung derselben in die neuen Justizgesetze trug dazu noch ganz besonders bei. Hauptsächlich ist dieser nachtheilige Umstand jetzt völlig überwunden und der Partei wieder ein entsprechender Zuwachs auch aus juristischen Kreisen gesichert. Soweit es gewünscht wird, ist der Abg. Eugen Richter, Berlin SW. Tempelhofer Ufer 12, bereit, Namens des geschäftsführenden Ausschusses in Korrespondenz zu treten sowohl mit Parteikomite's und Vereinen, welche Kandidaten für die Landtagswahlen von außerhalb wünschen, als auch mit Parteigenossen, welche in dieser politisch so bedeutungsvollen Situation den parlamentarischen Kampfplatz betreten wollen.

— In der heutigen ersten Sitzung der für Eisenbahnanangelegenheiten auf 28 Mitglieder verfaßten Budgetkommission wurde zunächst die Subkommission für Eisenbahnen gewählt: und zwar Dr. Hammacher, v. Minnigerode, von Grand-Mo, Gabl, Tiebmann, Büchtemann und Niderst. Außer dem Etat soll die Subkommission vorberathen den Gesetzentwurf betreffend die Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Eisenbahnnetzes soweit es sich nicht um Bahnbauten handelt, die Verträge über den Betrieb und die Bauausführungen und die Petitionen. In der 28er Kommission sollen direkt berathen werden die Sekundärbahnbauten, der Gesetzentwurf über die finanziellen Garantien und der § 4 betreffend Konvertirung der Prioritäten. Nachdem auf diese Weise die Aufgabe der verfaßten Budgetkommission und ihrer Subkommission festgestellt, nahm die Budgetkommission ihre Berathung des Extrabudgets der Bauverwaltung wieder auf. Abg. Dr. Hammacher sprach wiederholt den Wunsch aus, daß dem Landtage wie über die Eisenbahnbauten so auch über die ausgeführten Strombauten jedes Jahr Bericht erstattet werde. Der Regierungskommissar sagte, daß ein solcher Bericht sehr leicht herzustellen sei und daß, wenn der Minister — wie nicht zu bezweifeln — Berathungen in dieser Richtung gemacht, ein Bericht schon in dieser Session werde gebracht werden können. Auf eine Anfrage desselben Abgeordneten, wie sich die Staatsregierung zur Frage der Vertiefung des Rheinbotts stelle, so daß dasselbe bis Nidurburg für Seeschiffe fahrbar werde, antwortete der Regierungskommissar, man habe zunächst nur die Vertiefung auf drei Meter in Aussicht genommen, eine technische Untersuchung der

nicht hinlänglich ausgenügt, das Sujet hätte sich entschieden komisch dankbarer ausbeuten lassen, der titelführende Kern des Stückes spielt meist hinter den Coulissen und macht die Bühne für einzelne mehr nebensächliche szenische Momente und eine beginnende Liebesintrigue frei; diese behauptet dann weiterhin das Feld und nur wie ein flüßiges Gemahnen an das eigentliche Leitmotiv klingt es im 4. Akte noch einmal nach, als Frau Sophie Volkart künftig mit ihrem Gatten und dessen Freund Dr. Müller täglich jours fix à trois zu begehren vorschlägt. Zwei Handlungen treten gleichzeitig in den Vordergrund, die Liebhaberkonkurrenz Müllers und des Rumäniers um Fräulein Hedwig und andererseits der glücklich gelöste Konflikt zwischen dem Ehepaar Volkart wegen der allzu vernünftigen Sinnesrichtung des Dr. Volkart; das nicht zu leugnende Zerklüftete der Handlung scheint mir der Hauptfehler des Stückes, es ist reich an heiteren wirksamen Momenten, aber der Humor scheint uns den Dichter nicht sattfam genug gepackt zu haben, um tolle fesselnde und einander treibende Konsequenzen zu ziehen. Recht glücklich ist mehrfach ein Dualismus der Situation herausgearbeitet, so in den Schlagwörtern, die sich bei Beginn und am Schluß der beiden Volkarts zureufen; so in dem identischen Dilemma, in welches Hedwig schließlich durch die beiden Liebhaber verjagt wird und so noch anderweitig. Manches scheint uns allzusehr ausgenutzt, so das dreifache Belauschen der Unterhaltung durch Volkart im ersten Akte. Um eine möglichst dramatische Steigerung zu erzielen, fangen einzelne Akte mit eigentlich gar nichts an; bei Beginn der ersten Szene kriecht Herr Dr. Volkart auf dem Boden herum und sucht längere Zeit etwas. Westenknoß? Hemdeknoß? Hosenknoß? fragen wir innerlich, ohne darauf Bescheid zu erhalten; wir wissen nur, daß der Herr Doktor mit der Zeit wieder aufsteht und dann auch sprechen. Bei Beginn des zweiten Aktes stimmt ein Klavierstimmer nach einer gewiß ganz neuen Manier einige Zeit auf den gesungenen Ton C. ein Instrument; hier fängt die Sache doch wenigstens mit einem Tone an. Solche kleine sehr manierirte Episoden sind auch anderweitig nicht selten. Was nöthigt ferner dazu, die Probe zu den darstellenden Bildern so plötzlich abzubringen? weil Frau Dr. Volkart plötzlich erschrickt. Daraus hätte sich auch was machen lassen; schreit die Dame vielleicht, weil dem Dichter gerade nichts einfällt? Trotz alle-

betreffenden Rheinbotts sei in Vorbereitung, eine Vertiefung auf vier Meter und mehr, wie sie nöthig sei, wenn Seeschiffe die Strecke befahren sollen, habe jedenfalls so lange keinen Sinn als Holland sich nicht entschleße das Gleiche zu thun, dazu sei zur Zeit noch keine Aussicht vorhanden. Dagegen konstatirt der Vertreter der Staatsregierung, daß bezüglich des Rhein-Maas-Kanals die holländische Regierung eine entgegenkommende Haltung einnehme. Für die Beschaffung eines Dienstgebäudes für die Regierung in Breslau trat Minister Bitter ein. Gegenüber dem Vorwurf, daß in finanziell so ungünstigen Zeiten kostspielige Dienstwohnungen selbst an solche Beamte gegeben würden, welchen keine Repräsentation obliege, erkannte der Minister an, daß in dieser Richtung früher manchmal gesündigt worden sei, er selbst würde Vieles nicht genehmigt haben, was ausgeführt sei. Hätte man in Breslau irgend etwas Anderes Gelegeneres finden können, so würde man zugegriffen haben, ob dabei Raum geblieben wäre für eine Präsidialwohnung oder nicht. Es sei aber absolut kein Platz zu haben, wenn man nicht die ungeheuersten Summen ausgeben wollte. Die Zustände bei der Regierung in Breslau seien so traurig — Erkrankungen u. dgl. — daß schleunige Abhilfe geboten sei. Von den anderen angebotenen 65 Plätzen sei bis auf einen keiner auch nur im Geringsten geeignet. Aus der Kommission wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die für 47 Familienwohnungen gebauten 5 Häuser für den Zweck ungenügend seien, man werde auf die Dauer mit diesem Bau doch nicht ausreichen. Bei der Abstimmung wurde die Position mit 10 gegen 8 Stimmen (der Konservativen) abgelehnt. Auf eine Anfrage vom Abgeordneten Dr. Weber, wie es mit dem naturwissenschaftlichen Museum stehe, für das vor sieben Jahren 160,000 Mark bewilligt seien, bemerkte Geh. Rath Göppert, daß die Sache nicht schlummere, daß man nach wie vor bestrebt sei, behufs Freimachung der dringend anderweit erforderlichen Räume der Universität, ein geeignetes Gebäude zu schaffen, man habe sich aber noch nicht über den Bauplan geeinigt. Ein solcher Bau werde 5 bis 6 Millionen kosten, die bewilligten 160,000 Mark seien zur Regulirung des Terrains der Gießerei an der Panke u. zu anderen Vorarbeiten benutzt worden. Man hoffe, bald eine entsprechende Vorlage machen zu können. Bei den Kosten für den Neubau der medizinischen Klinik der Universität Halle, erschienen u. A. 17,500 M. für ein Bethaus, Referent Abg. Dr. Wichow beantragt die Abweisung dieses Betrags, der ein Novum sei und zu Konsequenzen führe. Der Regierungskommissar bemerkte, daß die betreffende Klinik über 300 Kranke habe, daß sie weit abliege von jeder Kirche u. s. w. — Die Kommission bewilligte die beanstandete Position unverändert. Die Position für den Neubau eines Gymnasialgebäudes in Göttingen wurde mit Rücksicht auf eine bezügliche Petition, welche zunächst berathen werden soll, zurückgestellt.

— Der Landtagsabgeordnete Bürgermeister Baur Schmidt in Osterode im Harz, Mitglied der nationalliberalen Fraktion, scheidet aus dem politischen Leben aus, nachdem er soeben zum Amtshauptmann in Peine ernannt worden ist. Baur Schmidt gilt für einen tüchtigen Verwaltungsbeamten, der sein sonderliches Gefallen an parlamentarischen Leben hatte und deshalb schon seit längerer Zeit Neigung zeigte, in einem größeren praktischen Wirkungsfeld zu arbeiten.

— Mit seinem Beschluß über die Verzollung von corned beef hat der Reichstag einen praktischen Erfolg erreicht. Wie der „Voss. Stg.“ mitgetheilt wird, hat nämlich der preussische Finanzminister betreffs der Verzollung von Fleisch in Umschließung von mit Papier beklebten Weißblechbüchsen unterm 23. v. M. bestimmt, daß für dasselbe, gemäß der Bestimmung im ersten Abfage des Instruktionspunktes IV. zum amtlichen Waarenverzeichnis der Zollsaß von 12 Mark für 100 Kilogramm nach Nr. 25. g. 1. des Tarifs in Anwendung zu bringen, „der gedachten Umschließung also ein Einfluß auf die Höhe des Zollsaßes nicht einzuräumen“ ist:

„Wenn in amtlichen Waarenverzeichnissen in der Anmerkung zu „Etwas“, in Uebereinstimmung mit § 4 der Bestimmungen über die Tara vorgeschrieben ist, daß Etwas, Futterale und andere Umschließungen, welche dazu bestimmt sind, den darin enthaltenen Waaren zur ferneren Aufbewahrung zu dienen, mit diesen Waaren zusammen als ein Ganzes nach demjenigen Tariffaße zu verzollen sind, welchem der höher tariffirte Theil — sei es das Etwas für sich allein betrachtet, oder dessen Inhalt von dem Etwas getrennt gedacht — unterliegt, so sind unter den anderen Umschließungen nur solche Umschließungen zu verstehen, die ihrer Beschaffenheit und Bestimmung nach den Etwas und Futteralen gleich zu achten sind.“

— Wie aus dem Wortlaute der Verordnung betreffend die Kontrolle des zum Verkauf gelangenden Petroleum's hervorgeht, soll das Petroleum nicht schon bei der Einfuhr in das Zollgebiet, sondern erst in dem Augenblicke einer Prüfung, welche die Feuer-

dem, das Stück hat seine sehr hübschen Szenen und theilweise originellen Einfälle, das Publikum hat stellenweise herzlich gelacht und dürfte ganz frohgelaut das Haus verlassen haben. Die Darstellung war eine sehr lobenswerthe, die Regie wollte auch ihrerseits den eigenen Ehrenabend festlich schmücken. Herr Kettly spielte den jungen Rumänier Botuschanu, eine nicht gerade sehr plastisch hervortretende Theaterfigur; es ist der von Dr. Müller ausgestochene reiche Liebhaber von wenig Verstand und viel Bonhomie, durch sein fortgesetztes „servus“ sucht er sich wahrscheinlich dem Humor dienstbar zu machen. Kettly wußte seinen Mann trefflicher wie immer zu gestalten, schade, daß trotz der getreuesten Erfüllung aller künstlerischen Pflichten gegen die Rolle, diese selbst den Zündstoff nicht in dem Maße in sich trug, um der latenten Lust am Beifall vollkommen genügen zu können; eine andere Rolle hätte alle die disponiblen Salven frenetischer herausgelockt. Sehr ergötzlich gab Herr Jürgensen den alten Buchholz, aus allen Fugen sah der weyländ Mauerpolier heraus; es war wiederum eine jener heiteren, hargirten Rollen, in denen Jürgensen sich stets auszeichnete. Sehr hübsch und munter spielte Fräulein Sorma die vielbegehrte Hedwig. Mit jenem Schalk im Nacken und zierlich und lustig zugleich kam diese sehr gut gezeichnete Bürger'sche Figur zu voller Geltung. Herr Engelsdorf gab den Naturforscher Dr. Müller, den Reisenden des Herrn Buchholz, wie ihn dessen Gattin im Aerger zu nennen beliebt, mit jener sicheren Routine und Bloßlegung des tieferen Kernes, die den Zuschauer bei der Wahl Hedwigs naturgemäß deren ausschlaggebende Gründe mit empfinden ließ; nur Einer dürfte gestern wieder über seine Leistung recht merklich die Achseln gezuckt haben — er selbst.

Fräulein Frey gab die nicht gerade besonders originelle, nach der üblichen Schablone bearbeitete zweite Gemahlin von Buchholz, mit ihrer ästhetischen Manie und ihrer stets pulsirenden Aber des Widerspruches recht anschaulich und bühnenmäßig. Herr Wilhelm und Fräulein Gerweg als Ehepaar Volkart erfüllten ihre Obliegenheiten gleichfalls mit vollem Verstand und mehrten die guten Eindrücke des Gesamtspiels. Noch eine Menge Personen führt der Zettel auf, sie halfen einzelne größere Szenen länger zu gestalten und thaten dies ohne Ausnahme zweckentsprechend.

gefährlichkeit desselben feststellt, unterworfen werden, wo dasselbe im Inlande zum Verkauf kommt. Der eigentliche Petroleum-Handel wird also von der Verordnung direkt wenigstens nicht getroffen.

— Aus Schleswig-Holstein sind zahlreiche Petitionen zu Gunsten des vom Konfessorium abgesetzten Pastor Lühr beim Kultusministerium eingegangen. Die Zahl der Unterschriften beträgt wenigstens 10,000.

— Nach einer Entscheidung des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 4. Dezember v. J. sind bei Schiffsunfällen auf öffentlichen Flüssen, wenn ein solcher Schiffsunfall mit der Beschaffenheit der Fahrstraße in ursächlichem Zusammenhange steht, dem Schiffer die auf Veranlassung der Staatsbauverwaltung gehobenen Schiffsrümpfer nebst Ladung ohne Inanspruchnahme des Erlasses der Gebührens- und Vergütungskosten freizugeben, dagegen in allen anderen Fällen diese Kosten, mindestens soweit die Schiffsrümpfer und die Ladung dafür Deckung bieten, den Fonds der Staatsbauverwaltung wieder auszuführen.

Danzig, 7. Februar. Die „Danziger Zeitung“ schreibt: Der Vorstand des Vereins der hiesigen Konserativen veröffentlicht jetzt die Adresse, welche er am 11. Januar dem Fürsten Bismarck zur Uebermittlung an den Kaiser übersandt hat. Das Schriftstück ist in mehr als einer Beziehung interessant und bezeichnend, weshalb wir den polemischen Theil desselben hier wörtlich folgen lassen:

„Euer Durchlaucht hoffte der Verein der Konserativen zu Danzig bereits durch die von ihm erstrebte Sendung eines christlich-konservativen Abgeordneten in den Reichstag einen Beweis seiner Königstreue und seiner vaterländischen Gesinnung geben zu können. Die Umtriebe der hiesigen Liberalen haben für dieses Mal noch den von uns gehofften Erfolg vereitelt, dafür aber unsern Muth gestählt und unsern Eifer für die Sache des Vaterlandes, die wir durch Euer Durchlaucht Politik auf das Beste beraten sehen, neu entflammt. Wir sind uns der heiligen Pflicht bewußt, für die Geltendmachung gesunder, christlich-verklärter politischer Grundsätze gerade hier, in dem unter einem drückenden liberalen Terrorismus Jahre lang niedergebaltene Danzig mit zäher Entschiedenheit einzutreten und schreden vor keinen Drohungen und Verhöhnungen (!) zurück. Wir wissen, hier lebt noch ein konservativ-christlicher, königstreuer Geist, besonders im Handwerker- und Arbeiterstande. Durch Nichts ist unser Muth und unsere Zuversicht aber so gehoben, als durch den jüngsten Allerhöchsten Erlass Sr. Majestät unseres heilgeliebten Kaisers und Königs, der aller Welt bekundet, was jedem guten Preußen freilich von jeher bekannt, daß Seine Majestät im Vollbewußtsein Seiner Ihm von Gott gestellten Aufgabe und der damit verbundenen Verantwortlichkeit die verfassungsmäßige Stellung des Königthums von Gottes Gnaden in Preußen gegen alle unberechtigten und jederzeit von der Geschichte gerichteten Eingriffe einer Preußens Kraft und Ruhm gefährdenden Demokratie mit königlicher Freimüthigkeit und Entschiedenheit zu wahren weiß.“

Auf diese angeblich „im Auftrage des 2389 Mitglieder zählenden Vereins“ abgeordnete Adresse hat Fürst Bismarck unterm 3. Februar mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Die mir von dem Vorstände des dortigen Vereins der Konserativen übermittelte Adresse habe ich Seiner Majestät dem Kaiser und König vorgelegt. Auf Allerhöchsten Befehl spreche ich Euer Wohlgebornen und den beteiligten Herren für die patriotische Gesinnung, welche sich in der Adresse zu erkennen giebt, den Dank Seiner Majestät aus.“

Der oben angegebene Inhalt der „Adresse“ macht natürlich jeden Kommentar überflüssig.

Oesterreich.

Wien, 6. Februar. [Ueber die Verluste der kaiserlichen Familie bei dem Zusammenbruch der Union générale] wird der „Neuen fr. Presse“ aus Paris telegraphirt:

Hofschatzmeister Seyffert ist in Begleitung zweier Beamten aus Wien hier eingetroffen.

Zur Erläuterung dieser Nachricht diene folgendes Telegramm des „D. Mont.-Bl.“ aus Paris, 5. Februar:

„In hohen Finanzkreisen wird erzählt und auch geglaubt, daß das österreichische Kaiserhaus mit dreißig Millionen Franz bei der Union générale theilhaftig

gewesen sei. Diese riesige Summe, deren größter Theil in der Bank von England sich befand und zum Familienvermögen des Herrscherhauses gehörte, soll bei der Union générale angelegt worden sein, als Bontour, der sich in Oesterreich unbedingt Vertrauen zu verschaffen gemußt hatte, Präsident des pariser Instituts geworden war. Wie viel von den Geldern gerettet worden ist oder noch gerettet werden kann, vermag Niemand zu sagen.“

Daß das österreichische Kaiserhaus bei dem Krach theilhaftig ist, geht schon aus der Sendung der oben genannten Beamten nach Paris hervor; die bezeichnete Summe dürfte aber übertrieben sein.

[Ueber den General Skobjelew und die panslawistische Propaganda] findet ein ungemein scharfer Zeitartikel des hiesigen „Fremdenblattes“ allseitige Beachtung. Der Artikel führt aus:

„daß die Erklärungen des Herrn v. Giers, Oesterreich die gewünschte Befriedigung gewähren; allein die feierlichsten und unzweideutigsten Regierungserklärungen können nicht den zehnten Theil des Unheils beseitigen, welches durch die Wühlereien und die offen betriebene Fekerei der panslawistischen Propaganda angerichtet werde. Der Artikel schließt mit einer kräftigen Versicherung, Oesterreich werde, trotz Asafow und Skobjelew, sein Werk in den okkupirten Provinzen vollenden.“

Ägypten.

[Die ägyptische Frage] ist durch die Einsetzung eines von der Nationalpartei abhängigen Ministeriums für Europa eine brennende geworden.

Wir haben schon hervorgehoben, sagt die „National-Ztg.“, daß die Nationalen unter Arabi Bey's Führung bisher mit großer Geschicklichkeit und Klugheit operirt haben. Ihr Wahlpruch ist „Ägypten für die Ägypter“, demzufolge ihr Bestreben einzig auf die Befreiung der englisch-französischen Kontrolle über Ägypten abzielt. Aus diesem Grunde ist man in London und Paris über den Sturz Scherif Pascha's, welcher für die europäische Kontrolle mußte, auf das Höchste mißvergnügt. Unter anderen Umständen wären die beiden Mächte sofort mit einer bewaffneten Intervention zur Aufrechterhaltung ihres Prestiges am Nil bei der Hand gewesen; davon müssen sie jedoch absehen, seitdem die Osmänische und Italien ausdrücklich ihren Antheil an der Regelung der ägyptischen Verhältnisse beansprucht haben. An der Seine zeigt man sich über den Erfolg Arabi Bey's noch bestürzter als an der Themse. Die Militärdiktatur in Ägypten involvire die höchsten Gefahren für Europa, läßt sich das „Journal des Debats“ vernehmen; der Panslawismus triumphire, er mache rasende Fortschritte, der zivilisatorische Einfluß Europa's auf die Entwicklung des Orients stehe auf dem Spiel. Die englischen Blätter lassen ähnliche Befürchtungen verlauten. Die ministerielle „Daily News“, welche mit den Intentionen Gladstone's am besten vertraut ist, verwirft indeß jedwede militärische Intervention, spricht sich zu Gunsten der ägyptischen Nationalen aus und mahnt zur Vorsicht angesichts der Vorgänge in der Herzegovina. Die konservativen Blätter sind natürlich anderer Meinung; sie klagen die Regierung an, die legitimen Interessen Englands in Ägypten preisgegeben zu haben. Lord Lytton, der ehemalige Vizekönig von Indien, verhöhnt die Regierung in seiner jüngsten Rede in Manchester, indem er bemerkt: „Herr Goshen ist mit dem ministeriellen Gut in der Hand nach Berlin gesandt worden, um den deutschen Kanzler um Mitgefühl für die Verlegenheiten zu bitten, in denen sich England befindet, und gefälligst mitzutheilen, was er England in Ägypten zu thun erlaube.“ Man empfindet es in London als eine Art nationaler Niederlage, daß das Kabinett von St. James nicht mehr wie vordem in der Lage ist, auf eigene Faust in Ägypten zu operiren. Mit patriotischem Schmerz verkündet die „St. James Gazette“, daß England nichts ohne Erlaubnis und Zustimmung Deutschlands, der ersten europäischen Macht, unternehmen könne. Beide Regierungen, die französische wie die englische, sind daher auf der Ueberzeugung gelangt, daß sie ihre bisherige Sonderpolitik im Nilande nicht mehr aufrecht erhalten können. Ihre Organe lassen sich denn auch jetzt dahin vernehmen, daß England und Frankreich nur im Einverständnis mit dem übrigen Europa handeln werden. Unser pariser Spezial-Korrespondent telegraphirt uns diesbezüglich:

„Man sagt mir, daß Freycinet in seinen Unterhaltungen mit Diplomaten betreffs der ägyptischen Frage erklärt habe, er erachte es als selbstverständlich, daß im Fall der Nothwendigkeit einer faktischen Intervention zum Schutze europäischer Interessen dieselbe nur in Folge einer gemeinschaftlichen Uebereinkunft der Kongreßmächte stattfinden könne.“

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 7. Februar. Mehrere Deputirte benachrichtigten Freycinet, sie würden über die ägyptischen Angelegenheiten interpelliren. Freycinet bat, Angesichts der schwebenden Verhandlungen die Interpellation 14 Tage zu verschieben. (Wiederholt.)

London, 7. Februar. Die „Times“ erfährt, die heutige Thronrede erkläre, England werde in Uebereinstimmung mit Frankreich den Angelegenheiten Ägyptens fernerhin sorgfältige Aufmerksamkeit widmen und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen, die Interessen des ägyptischen Volkes nicht unberücksichtigt lassen und die Rechte des Sultans aufrechterhalten, die Haltung der übrigen Mächte in der ägyptischen Frage aber unerwähnt lassen. — Die Morgenblätter melden, in der Dubliner Burg sei kürzlich ein an Forster adressirter Brief eingelaufen, welcher wegen verdächtigen Aussehens der Polizei übergeben wurde. Das Couvert enthielt Sprengstoff, welcher bei weniger vorsichtigem Öffnen den Deffnenden schwer verletzt, vielleicht getödtet hätte. Forster war vor dem Eintreffen des Briefes nach London gereist. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

✓ **Berlin, 7. Februar, Abends 7 Uhr.**

Abgeordnetenhaus. Kirchenvorlage. Kultusminister Goshen: Der gegenwärtige Kampf könne nicht leidenschaftlich, sondern mit Ernst und Eintracht zu Ende gebracht werden. Die Grenzregulirung zwischen Staat und Kirche sei notwendig und wünschenswerth; die gegenwärtige organische Gesetzgebung könne deshalb nicht einfach weggewischt werden. Redner betont die durch das Zulagegesetz von 1880 erreichten Vortheile für die Befestigung der Bisthümer und die Verminderung der verwaisten Pfarreien. Die Beziehungen zur katholischen Geistlichkeit seien die freundschaftlichen. Die Regierung wolle den Schnitt heilen, den sie führen mußte, könne aber von den erreichten Resultaten nichts verlieren, keinen Schritt zurück thun. Der Minister weist auf die veränderte Haltung der Parteien und der Presse zu der Frage hin, wodurch der Regierung aber greifbares Material nicht geboten sei. Besondere Rücksicht erforderte die Haltung der polnischen Bevölkerung, die sich noch immer von der Hoffnung einer Wiederherstellung Polens leiten lasse und der katholischen deutschen Bevölkerung Posens und Westpreußens feindselig gegenüberstehe. Auch stehe die polnische Geistlichkeit vielfach an der Spitze der polnischen Bewegung. Dem gegenüber müsse die Regierung vorsichtig sein. Die Regelung der Beziehungen zur Kurie auf dem Wege der Vereinbarung hält der Minister nicht für thunlich, da alle Konkordate nur Thränen und Sorgen im Gefolge hätten und Verwickelungen erzeugten. Die Regierung halte an ihrem bisherigen Wege fest und sei der Ueberzeugung, daß der Papst voll und ganz den Frieden wünsche und durch die Annahme der Vorlage sich noch mehr dazu veranlaßt finden werde. Was das Mißtrauen gegen die diskretionären Vollmachten angehe, so habe die Regierung stets gewisse Streitigkeiten durch einfache Dekretur beseitigt. Dieselben wiederzuerholen keineswegs dem konstitutionellen System. Die Anzeigepflicht solle bestehen bleiben, nur in dringenden Fällen bei der Anstellung von Hilfspredigern solle eine Ausnahme möglich sein, hierin liege nichts Bedenkliches. Was das königliche Begnadigungsrecht gegenüber den Bischöfen angehe, so solle dasselbe, obwohl unbestritten, doch gesetzlich ausgesprochen werden, damit die Regierung die Anschauung aller Parteien und Konfessionen in diesem

Breslauer Briefe.

Breslau, den 5. Februar.

Auch an unserer Börse fiel dieses Jahr die Fastenzeit bereits in den Karneval und der Wschermittwoch kam unverhofft an einem Sonnabend an und hüllte viele Börsengläubige plötzlich in Sack und Asche. Es gab Mißlänge und Verstimmungen, schrille Schreie des Entsetzens, der Wuth und der Verzweiflung, welche sich nur in einigen günstigen Fällen in Afforde von 17—33 pCt. auflösen ließen. Da wurden Existenzen verschlungen, wie Butterbrote. Ein Börsenmann, welcher erst kürzlich seiner Frau — einer bekannten Schönheit unserer Stadt — ein Reitpferd für 900 Thaler gekauft, und um es ihr im eigenen Zimmer zu präsentieren, eine Separatstiege für den vierfüßigen Besucher hatte bauen lassen — kam fast auf den Hund und seine Frau natürlich nicht auf's Pferd. Ein Anderer hatte zum Subskriptionsball eine kostbare Toilette aus Paris für seine Gemahlin verschrieben, — doch soll ihnen Beiden die Lust zum Tanzen vergangen sein. Ein dritter Spekulant — dessen Frau nur Vermögen besitzt und sich demgemäß weigerte, die Differenzen zu bezahlen — setzte sich in sein Comtoir, drehte den Gashahn auf, brachte den Mund an den Brenner und athmete das Leuchtgas ein, bis er todt zu Boden sank. Das sind nur einige kleine Episoden aus der Tragikomödie, welche jedoch zeigen, wie vernichtend auch auf unseren Börsenplatz der Krach von Paris eingewirkt hat. Und wenn man nun diese zahlreichen vernichteten Existenzen sieht, welche heute auf schwindelnder Höhe des Reichthums schwelgen, um morgen in den Abgrund des Nichts zu sinken — wenn man bedenkt, daß alle diese Leute, welche Tausende von Kreditloosen täglich an der Börse nehmen und begeben, fixen oder haussiren — kaum jemals ein solches Loos, von dessen Kurs ihr Sein oder Nichtsein abhängt, gesehen haben, muß man da nicht, die Nothwendigkeit der Börse zugegeben, dennoch fragen: Ist das nöthig? Kann dies auch moralisch verwerfliche Gazarbpiel nicht hintertrieben werden? Aber wie sich der Mond stets wieder erneut in seinem ewigen Kreislauf um die Erde, so an der Börse die Spekulation. Le roi est mort, vive le roi! Und es erscheinen neue Strousberg's, neue Bontour's und in einigen Jahren wiederholt sich dieselbe Geschichte.

Einen neuen Saisonhandelsartikel an der Börse bilieten in den letzten Tagen Billets zum ersten Künstler-Herrenabend des Stadt- und Lobe-Theaters, welcher gestern zum Besten des Allgemeinen Deutschen Bühnenunterstützungsfonds im Liebig'schen Saale von Statton ging. Die ausgegebenen 1250 Billets à 3 Mark gingen reißend ab, und am Donnerstag, Freitag und Sonnabend wurden sie mit 7—8, ja sogar mit 10 Mark bezahlt. Es war eben für Breslau etwas Neues. Natürlich war der Saal dicht gefüllt, und man mußte, um einen guten Platz zu erhalten, bereits 1½—2 Stunden früher zur Stelle sein. Die Soirée begann erst um 10 Uhr unter Mitwirkung sämtlicher Solisten beider Theater und zeigte gleich von Anfang an Dank dem liebenswürdigen Humor unseres Tenorbuffo vom Lobetheater, Herrn Laurence, eine animirte gemüthliche Stimmung. Unter den Einzelleistungen waren hervorzuheben: ein drastischer Vortrag von Emil Thomas, welcher momentan hier gastirt, „Oesterreichischer Gebirgsjödler“, den Hr. Coloman Schmidt sehr schön sang, — „Der Rabi und die gelbe Rub'n“ von dem talentvollen Liebhaber des Stadttheaters Hrn. Prechtler vorgetragen, sowie besonders: Zukunftslieb, alliterirender Vortrag von Koch, den der Komiker Ruhland vom Lobetheater mit Chor vorzüglich zu Gehör brachte. Das Beste der Ensembleleistungen war der Theaterzettel des Freischütz mit der diesjährigen Besetzung, welcher von 4 Solisten des Stadttheaters nebst Männerchor und Orchesterbegleitung nach bekannten Melodien dieser Oper abgesungen wurde. Diese Nummer wirkte durchschlagend und mußte auf Verlangen da capo gesungen werden. Zwei Parodien kamen ferner zur Aufführung: Damian und Timotheus, eine dramatische Parodie der „Bürgschaft“, welche Herrn Conrad Böw vom Stadttheater zum Verfasser hatte, und „Schiller in Pöpelwitz“ von Wilken. Beide Stücke zeichneten sich durch originellen Witz aus, der bei dem letztgenannten, welches den Schluß des Abends bildete, allerdings manchmal etwas derb wurde, bei einem Herrenabend wohl verzeihlich. Die Idee Wilken's, einen Direktor auf die Bühne zu bringen, welcher Schiller's Räuber schließlich mit einer Person, einem Paar himmelblauer Trifot's und 26 Briefen aufführen will, ist geradezu köstlich. Natürlich wurden beide Schwänke sehr drastisch gespielt und auf das Lebhafteste beklatscht. Wie die Künstler

mit dem pekuniären Ertrage, so kann auch das Publikum mit dem Gebotenen recht zufrieden sein, und wenn diesem ersten Abende künftighin weitere ähnliche folgen würden, wäre es für alle Theile — auch für die Direktoren der betreffenden Kunst-institute recht vortheilhaft. Goffen wir darauf!

Diese Kunstinstitute selbst haben in letzter Zeit wenig Neues gebracht. Das Gastspiel der Heroine Wahlmann-Willführ vom Stuttgarter Hoftheater an der Lobeibühne erzielte einen großen ideellen Erfolg, der materielle litt leider an der Erhöhung der Preise, welche bei der sonst ungenügenden Darstellung ersterer Stücke selbst bei einer Wahlmann ungerechtfertigt war. Im Uebrigen erwies sich das Wilken-Justinus'sche Kyriß-Pyriß wie in Berlin auch hier als Lustspiel, wenn auch Jeder ausrief: „Welch' ein Blöbüm!“ Am Stadttheater erlebte ein Stück: „Die Komödiantin“ von Stein mit knapper Noth 2 Aufführungen. — Von sonstigen Neuigkeiten dürfte es interessieren, daß die „Schlesische Presse“ am 1. April definitiv eingehen wird, nachdem man für dieses Ende unter dem Titel: Verschmelzung mit der „Breslauer Zeitung“ eine besser klingende Bezeichnung gefunden hat. Die Lokal- und Provinzialnachrichten bringen beide Blätter schon jetzt gemeinsam. — Die Wahl zum unterlegenen fortschrittlichen Reichstagskandidaten Bello zum Stadtrath ist wider Erwarten von der Regierung bestätigt worden. Mit geringerer Befriedigung dagegen ist der Beschluß unserer Stadtväter aufgenommen worden, die schönen Anlagen auf dem Ausstellungsplatze nicht zu erhalten. Krähwinkel und kein Ende! Neues zu schaffen, wäre vielleicht an jener Stelle unnöthig, aber vorhandenes Schöne mit wenig Kosten zu erhalten, war Gebot. Die heißendste Ironie auf diesen Beschluß bot das Inzerat des Ausstellungsomite's, welches die Bäume u. s. w. zum Verkaufe ausbot und schloß: „Es kann wieder Schutt abgeladen werden!“ Wenn sich nur unter diesem Schutt auch gewisse antiquirte kleinstädtische Ansichten befänden! Plautus.

Berichtigung.

In dem Feuilletonartikel unserer gestrigen Morgennummer: Polnische Literatur — ist der Titel des zuerst genannten Stückes: „Lilla Weneba“ (eine Tragödie in fünf Akten von Julius Stomacki ac.) ausgefallen. Ebenso ist der Name: Mikiewicz in Mikiewicz zu corrigiren.

Fälle erfahre. Die Regierung werde die Vollmachten in dem Sinne ausüben, in dem sie ihr erteilt würden. Die gegenwärtige Vorlage solle die Stufe werden, von der die Regierung weiter gehe. Werde dieselbe verworfen, so werde die Regierung darum nicht aufhören, für die Herstellung des kirchlichen Friedens zu sorgen. Die Rednerliste weist 10 Redner für, 16 gegen die Vorlage auf.

Schorlemer-Alst will die den Katholiken durch die Verfassung gewährten Rechte gewahrt wissen. Das Zulagegesetz vom Jahre 1880 habe wenig bewirkt, diskretionäre Vollmachten für die Regierung wünsche keine Partei. Eine Besserung sei nur möglich durch Beseitigung der Maigesetze, denen die Katholiken sich nicht unterwerfen könnten. In der Ernennung Fall's für Hamm habe die Regierung keine Rücksicht für das verletzende Gefühl der Katholiken gezeigt.

Die Regelung der Frage der Anzeigepflicht hätte in Rom geschehen müssen. Die Katholiken müßten auch auf der Beseitigung des kirchlichen Gerichtshofs bestehen. Daß man die Beseitigung des Kulturkampfes von dem Verhalten des Bruchtheils der Polen abhängig mache, sei unbegreiflich; man erbittere damit die Polen und mache sie geneigt zu Konspirationen. Artikel zwei der Vorlage sei nicht eine Sicherung sondern eine Verkümmerung der Majestätsrechte. Wir wollen einen guten, sicheren Frieden, keine Willkür, werden uns aber jedem Abkommen mit Rom ohne Weiteres unterwerfen.

Winkingerode spricht seine große Genugthuung über Fall's Ernennung in Hamm aus; nicht die katholische Bevölkerung, sondern das Zentrum verbreite eine falsche Meinung über die Gesinnungen dieses hochachtbaren Mannes. Die Freikonservativen würden der Regierung prinzipiell diskretionäre Vollmachten gewähren, wollten dieselben aber an eine gewisse Frist gebunden wissen.

Stablewski gegen die Vorlage, die ganz ungerechtfertigt von Mißtrauen gegen die Polen geleitet werde.

Solz will der Regierung nur auf bestimmte Zeit Vollmacht erteilen, anderenfalls die Vorlage ablehnen.

Redner beantragt Verweisung an eine Kommission.

Windthorst führt aus, das Zulagegesetz vom Jahre 1880 habe keinen Wandel geschaffen, die diskretionären Gewalten gingen ihm zu weit, ohne Aufhebung der Maigesetze werde nichts erreicht. Hätten die Katholiken 10 Jahre gewartet, bis man das ihnen zugesagte Unrecht eingesehen, so könnten sie auch noch 10 Jahre warten, um diese Erkenntnis zur That zu führen. Die Frage sei, ob die Vorlage im Definitivum sei, oder ob die Regierung in einem gewissen Zeitraum eine materielle Revision der Maigesetze vornehmen wolle. Er hätte deshalb gern Schölers Instruktionen zu kennen gewünscht; die Vereinzelnung der Polen sei unverständlich. Der Versuch, das Zentrum zu sprengen, sei mißlungen, jetzt suche man das äußere Gerüst der Kirche herzustellen, um glauben zu machen, der Kulturkampf sei vorüber, und um die Wahlen von Zentrumsmännern zu verhindern. Der Friede müsse auf soliden Grundlagen errichtet werden, nicht auf diskretionären Vollmachten.

Graf Limburg hält bezüglich der Polen die Regierung für verpflichtet, ihr Auge nicht gegen die vorhandene Komplikation zu verschließen. Er erklärt sich übrigens im Sinne von Solz für die Vorlage. Die Beseitigung der Maigesetze sei weder zu verlangen noch zu erwarten.

Fortsetzung morgen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Leben einer Dame in den Felsengebirgen, von Fiabella L. Bird. Aus dem Englischen, Berlin, Otto Janke. Es liegt uns hier in guter deutscher Uebersetzung ein Reisebericht vor, welches in England schnell hintereinander drei Auflagen erlebt hat. Die durch ihr Buch über die Sandwichs-Inseln rühmlichst bekannte Verfasserin, welche in der heilkräftigen Luft der Hochthäler Colorados für ihre zarte Gesundheit Kräftigung suchte, schildert hier in Briefen an eine Schwester das an Naturwundern so reiche Gebiet der Felsengebirge und das raue Leben, welches sie während eines Herbstes unter den Bewohnern desselben, meist Trappern und Jägern, führte. Ihre farbenreichen Schilderungen jener gewaltigen Gebirgswelt fließen aus einem hochpoetischen Naturgefühl, sowie ihre Darstellung der Menschenwelt von scharf- und feinsinniger Beobachtungsgabe Zeugnis ablegt. Der größte Reiz des Buches aber bildet unstreitig die ungewöhnliche Persönlichkeit der Verfasserin selbst, in welcher sich männliche Kühnheit und Ausdauer mit der edelsten Weiblichkeit, die höchste Geisteskultur mit der größten physischen Entbehrungsfähigkeit vereinigt zeigen. Die Schilderung des Lebens, welches die feingebildete Dame unter Jägern, Trappern und Desperados in dem verschneiten Hochthal führt, muß jedem Leser bewunderndes Interesse einflößen. Vier gut ausgeführte Holzschnitte, welche dem Buche beigegeben sind, zeigen die interessantesten Punkte der Reiseroute, welche die Verfasserin ganz allein zu Pferde mitten durch die Felsengebirge verfolgte.

* Novellen aus der Heimath. Von Adolf Wilbrandt. Inhalt: Der Looslenkommandeur. — Der Gast vom Abendstern. — Am heiligen Strand. — Der Mitschuldige. Verlag von E. Schottländer in Breslau. Adolf Wilbrandt ist unbestritten einer der hervorragendsten Novellendichter der Gegenwart. Von allen Seiten werden ihm die Kronen der Anerkennung, der Sympathie, der äußeren Ehren zugetragen. Er steht in der vollen Frische seiner Produktionskraft und er schreibt nicht eine Zeile, welche nicht bedeutungsvoll, sinn- und gehaltvoll wäre. Die vorliegenden Novellen sind überaus reich an originellen Ideen, an frappanten Zügen meisterhafter Darstellung; sie behandeln Stoffe, welche weitab liegen von dem Maße der poetischen Alltäglichkeit, sie zählen zu seinen originellsten Schöpfungen und ihre Wirkung ist eine wunderbar gewaltige.

* Rose Blätter aus der Kulturgeschichte von S. C. Wessely. Es ist in der That ein treffliches Büchlein, das uns den Spiegel der Vergangenheit vorhält und sie in kleinen und großen Zügen launig und ernst lebendig macht. Vielen Lesern werden diese mannigfaltigen Kulturskizzen Neues bringen, belehrend wie unterhaltend. Es sind zwölf Aufsätze, deren Ueberschriften schon bezeichnend sind: 1. Aus alten Stammbüchern. 2. Humor und Satire in deutschem Wort und Bild. 3. Körperliche Gebrechen und ihre Verklärung durch den Humor. 4. Der Humor beim Sterbepflicht und am Grabe. 5. Verjüngungsmittel. 6. Bart und Perrücke. 7. Lebende Bilder. 8. Tod und Teufel in Sage und Sprichwort. 9. Wunderliche Feilge. 10. Götzen. 11. Das Nilfest. 12. Zur Monographie der Kreuzigung. Das Buch ist im Verlage von Richard Pano (Berlin, 1882) erschienen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 7. Februar.

Das neue Hundesteuergesetz wird, vorausgesetzt, daß es in der von der Regierung vorgeschlagenen Form zur Annahme gelangt, für die Kommune Posen kaum einen nennenswerten finanziellen Vortheil bringen. Der Gesamtbetrag dieser Steuer läßt sich gegenwärtig auf rund 8000 Mark veranschlagen. Davon würden diejenigen 800 M. abzurechnen sein, welche von Militärs gezahlt werden und für die Folge der Militärverwaltung zu erstatten wären. Der übrig bleibende Ertrag würde sich nun allerdings bei der gleichen Anzahl steuerpflichtiger Hunde bis auf rund 12,000 Mark erhöhen, wenn die städtischen Behörden den Steuersatz von 9 auf 15 Mark steigerten. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß Angesichts einer solchen Steigerung viele Hundebesitzer ihre vierbeinigen Lieblinge abschaffen würden, und dürfte daher höchstens ein Mehrertrag von etwa 2000 Mark zu erwarten sein. Von Segnern des Hundesgeschlechts wird freilich behauptet, daß gerade der Hauptvorteil des Gesetzes in der zu erwartenden Beschränkung der Hundeliebhaberei liege.

[Die bevorstehende Einführung eines veränderten Lehrplans für höhere Lehranstalten] giebt dem „Dziennik Poglanski“ wieder einmal Veranlassung, die polnischen Landtagsabgeordneten zu ersuchen bei der Bewilligung des Dispositionsfonds, welcher für die Einführung jenes Lehrplanes erforderlich sein wird, für die polnische Jugend einen parlamentarischen Kampf auszufechten. Wie das gen. Blatt behauptet, wird die Stellung der polnischen jungen Leute in den höheren Lehranstalten immer schwieriger, da der Unterricht in der polnischen Sprache immer mehr in Wegfall geräth und die Anforderungen in der deutschen Sprache so erhöht sind, daß in Folge dessen es den Polen immer unmöglicher werde, sich einem wissenschaftlichen Beruf zu widmen, wie sich dies auch bereits in der Abnahme des Prozentsatzes der polnischen Abiturienten bemerklich mache. Material und Beweise für diese Behauptungen glaubt der „Dziennik“ mit der größten Leichtigkeit liefern zu können. — Ferner werden die Vertreter der polnischen Interessen ersucht, auch weitergehende Anträge betreffend eine Abänderung des gesammten öffentlichen Unterrichts- und Erziehungswesens in unseren Ostmarken zu stellen. — Wenn es nach Wunsch des „Dziennik“ ginge, so müßte in nächster Zeit der alte Schlenbrian in einzelnen Gymnasien unserer Provinz wieder eingeführt werden, und es würden die polnischen Abiturienten, wie dies noch vor nicht allzu vielen Jahren der Fall war, in die für sie keineswegs bequeme Lage kommen, daß sie das Gymnasium mit nur sehr mangelhafter Kenntniß der deutschen Sprache verlassen und nicht einmal soviel davon fürs Leben mitnehmen würden, wie ihnen unter den heutigen Verhältnissen zu ihrem weiteren Fortkommen unumgänglich nothwendig ist. Aber es muß eben rationirt werden.

Der städtische Verwaltungsbericht äußert sich über die Finanzlage der Stadt: Die Jahresrechnung über die Kammereverwaltung auf die Zeit vom 1. April 1880 bis 31. März 1881 ist gelegt und der Stadterordneten-Versammlung zur Entlastung überreicht, Decharge aber bisher nicht erteilt worden. Die Ausgaben sind im laufenden Rechnungsjahre durch die Einnahmen gedeckt worden und ist noch ein Ueberschuß von 815,67 M. verblieben. Das in dem vorjährigen Verwaltungsberichte nachgewiesene Defizit von 35,148 M. 6 Pf. wird erst durch die Rechnung pro 1881/82 beglichen werden. Den im Voranschlage angeführten Beträgen stehen sowohl bei den Einnahmen als Ausgaben nur unbedeutende Abweichungen gegenüber. Mehrfache Ausgabepositionen, namentlich bei der Armen-Verwaltung waren im Voranschlage zu niedrig angenommen worden. — Aus dem Abchnitt über das Vermögen der Stadt theilen wir über die Sparkasse mit, daß deren Aktiva sich auf 2,439,385 M. 50 Pf., die Passiva auf 2,149,896 M. 52 Pf. belaufen. Die Aktiva übersteigen somit die Passiva um 289,488 M. 98 Pf. — Das Theater infl. Baugrund repräsentirt einen Werth von 426,330 M. — Die Anleihe aus dem Reichs-Invaliden-Fonds: Als im Jahre 1874 die Anleihe in Höhe von 2,250,000 M. bei der Reichs-Invaliden-Verwaltung in Berlin aufgenommen wurde, ist sogleich von den städtischen Behörden bestimmt worden, daß aus dieser Anleihe zunächst die noch im Umlauf befindlichen 5proz. qu. und 4proz. qu. Stadtbobligationen eingelöst und folgende Bauten ausgeführt werden sollen: 1) die Wallfisch-Brücke, 2) das Theater und 3) die Kanalisation. Später wurde auch die Erbauung des Schulhauses St. Martin Nr. 35 aus diesem Fonds beschlossen. Bis auf die Kanalisation sind die erwähnten Bauten fertig gestellt, berechnet und bezahlt; nur beim Theaterbau konnte wegen der mit dem Bauunternehmer schwebenden Differenz noch keine Schlussrechnung gemacht werden. — 1881/82 bestanden hier 2 höhere, 6 niedere städtische Schulen, sämmtlich simultanen Charakters. Die beiden höheren Schulen wurden von 593 Schülern, darunter 232 evangelische, 212 katholische, 149 jüdische, 404 deutsche, 189 polnische, 383 einheimische, 181 auswärtige, 29 ausländische besucht. Die niederen Schulen wurden besucht von 3731 Schülern und 3359 Schülerinnen, darunter 2448 evangelische, 4230 katholische, 422 jüdische, 3326 deutsche, 3764 polnische, 6856 einheimische, 234 auswärtige, 5 ausländische; zusammen 7090. Das Jahr 1881/82 zeigt im Ganzen eine Zunahme des Schulbesuchs um 165 Schüler und 116 Schülerinnen gegen das Vorjahr. Die Zahl der deutschen Schüler hat um 40, die der polnischen um 241 zugenommen. Die Zahl der jüdischen hat um 7 abgenommen, die der evangelischen um 89, der katholischen um 209 zugenommen. Angestellt waren in Folge des Wegfalls der Fortbildungsschule 2 Lehrer weniger als im Vorjahre.

Personalien. Der Landraths-Amts-Verweiser, Staatsanwalt a. D. Dr. Tschuske ist zum Landrath des schroder Kreises ernannt. Der Oberförsterkandidat Niesberg ist als technischer Hilfsarbeiter bei der bromberger Regierung eingetreten.

Versetzung. Der Regierungs-Referendar Hegel hier selbst, früher bei der paderborner bischöflichen Vermögens-Verwaltung, ist, wie wir hören, als Hilfsarbeiter ins Ministerium nach Berlin einberufen worden.

Personalien. Der Postsekretär Meyer in Lobens ist zum Postmeister ernannt. Der Post-Verwalter Cramer in Sobotta ist pensionirt.

Lebdochowski. Die „Germania“ schreibt: „Der „Capitan Fracassa“ will wissen, daß das Herzeiden des Herrn Kardinals Lebdochowski sich bedenklich verschlimmert habe. Wir registriren die Nachricht mit allem Vorbehalt, zumal der Umstand, daß sie in einem radikalen römischen Blatte zuerst auftritt, gegen ihre Glaubwürdigkeit spricht.“ Sollte Lebdochowski's Rücktritt von seinem Präbendenthum neuerdings doch in nächste Aussicht gestellt sein? Es würde das ein Licht auf den Stand der Dinge zwischen Berlin und dem Vatikan werfen.

r. Die Aufnahme-Prüfungen in den Schullehrer-Seminaren der Provinz Posen finden im laufenden Jahre statt: in den evangelischen Seminaren zu Bromberg am 31. März, Roschmin am 6. März, in den katholischen Seminaren zu Paradies am 1. Juni, Gnin am 2. Oktober, in dem Simultan-Seminar zu Rawitsch am 17. April d. J.

Die hiesigen Volksschullehrer sind auf ihr im vorigen Herbst an den Kultusminister gerichtetes Gesuch um Gewährung der staatlichen Dienstalterszulagen unter dem 31. v. Mts. abschlägig beschieden worden. In diesem Bescheide heißt es, daß den Volksschullehrern hiesiger Stadt nach der Ministerial-Bestimmung vom 18. Juni 1873 ein Recht auf Alterszulagen, die aus Staatsfonds gewährt werden, nicht zustehe und eine Berücksichtigung hier ausnahmsweise nicht stattfinden könne. — Der Minister hatte, wie wir bereits früher mitgetheilt haben, auf jenes Gesuch hin über die Gehaltsverhältnisse der hiesigen Lehrer Erhebungen durch die hiesige königl. Regierung anstellen lassen und war auch seitens der Letzteren die Gewährung der in Rede stehenden Zulagen befürwortet worden. Die Petenten hatten sich aus diesem Grunde der Hoffnung hingegeben, daß ihr diesbezügliches Gesuch Berücksichtigung finden werde.

Einjährig-Prüfung. Der nächste Termin zur Prüfung derjenigen Leute, welche sich den Berechtigungsschein zum einjährigen freiwilligen Militärdienste erwerben wollen, wird im Monat März stattfinden und sind Meldungs-Gesuche bis zum 1. März d. J. bei der Prüfungs-Kommission für einjährige Freiwillige (Vorsitzender: Reg.-Rath v. Gruben) in Bromberg einzureichen.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns und Mühlenbesizers Karl Kratochwill, Besitzers der Kernwerkmühle zu Posen, eines jüngeren Bruders des Dampfmühlenbesizers A. Kratochwill, ist nunmehr gleichfalls das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Kernwerkmühle wird theils mit Wasser, theils mit Dampfkraft getrieben, und ist in den letzten Jahren umgebaut und neu eingerichtet worden. Wir bemerken hierbei, daß ein dritter Bruder Besitzer der Johannesmühle bei Posen, ein vierter Besitzer einer neu errichteten Dampfmühle bei Gnesen, und eine verwitwete Schwester Inhaberin der Wierzebodmühle bei Posen ist, während ein fünfter Bruder eine große Dampfmühle in Nordamerika besitzt. — Auch über das Vermögen eines anderen Dampfmühlenbesizers stand die Eröffnung des Konkursverfahrens bevor; doch ist dieselbe, wie man hört, durch Bewilligung eines Moratoriums und einer Theilzahlung glücklich abgewendet worden.

Der Bankrott des J. Kratochwill'schen Mühlenetablissements steht gegenwärtig nicht vereinzelt da; es mögen immerhin spezielle Ursachen genug vorgelegen haben, welche das Falliment der Firma herbeigeführt und dazu beigetragen haben, daß die Passiva eine so bedeutende Höhe erreichten, jedenfalls waren auch allgemeine Ursachen vorhanden, welche die Katastrophe förderten. Wir verweisen in dieser Beziehung auf den bereits früher von uns mitgetheilten Jahresbericht der Posener Handelskammer pro 1880, in welchem dieselbe sich über die ungünstige Lage der Mühlenindustrie unserer Stadt und deren Umgegend, sowie über die Ursachen dieser ungünstigen Lage ausspricht. Daß auch in anderen Theilen Deutschlands die Mühlenindustrie sich in einer ungünstigen Lage befindet, beweisen die Fallimente mehrerer bedeutender Mühlenfirmen. Das große Mühlenetablissement von Gildesbrand in Orhofen bei Worms hat seine Zahlungen eingestellt, und die Passiva sollen dort, ähnlich wie bei dem J. Kratochwill'schen Falliment, 1 Million Mark betragen. Ebenso wird aus Sorau das Falliment der Großmühlerei und Spinnerei Laga & u. Co. in Naumburg am Bober mit 1 Million Passiven gemeldet.

Militärisches. Wie schon mitgetheilt, werden das V. und das VI. Armeekorps im Herbst d. J. nach den gewöhnlichen Korpsmanövern ein dreitägiges Feldmanöver gegen einander vor dem Kaiser abhalten. Es wird durch diese von dem „Armee-Verordnungs-Blatt“ gebrauchte Allerhöchste Bestimmung ein vielfach zirkulirendes Gerücht widerlegt, nach welchem das V. und das XII. (königlich sächsische) Armeekorps im Herbst d. J. gegen einander manövriren sollten. Es ist übrigens das diesjährige Manöver seit 24 Jahren erst das dritte große Manöver, an welchem das V. Armeekorps theilnimmt. Das erste fand im Jahre 1858 gleichfalls zwischen V. und VI. Armeekorps zwischen Liegnitz, Jauer, Striegau, Goldberg (Terrain der Schlacht an der Ragbach) statt. Dann folgten 17 Jahre, während deren das V. Armeekorps gar nicht an einem großen Manöver theilhaftig war; denn 1859 fand die Mobilmachung statt, 1863 wurde das V. Armeekorps aus Anlaß der polnischen Insurrektion längs der Grenze aufgestellt, 1864 folgte der dänische, 1866 der österreichische, und 1870/71 der französische Krieg. Erst im Jahre 1875 fand dann wieder ein großes Manöver zwischen V. und VI. Armeekorps zwischen Liegnitz, Jauer und Gumnau statt. Auf welchem Terrain diesmal das große Manöver abgehalten werden wird, ist bis jetzt noch nicht bestimmt.

Jahrmärkteverlegung. Der für den Marktflecken Mieschewitz (Kr. Pleschen) auf den 28. September d. J. anberaumte Jahrmärkte ist auf den 12. Oktober d. J. verlegt worden.

Ein total Betrunkener, welcher gestern Mittags in den Anlagen auf dem Wilhelmshöhe lag, wurde mittelst der „Equipage für Trunkenbolde“ nach dem Polizeigewahrsam gebracht, um sich dort auszunüchtern.

Die Razzia auf Dirnen, welche am Sonnabend begann, ist Montags, besonders in den Abendstunden, sowohl auf den Straßen, wie in den Wohnungen notorischer Kupplerinnen fortgesetzt worden, so daß bereits eine recht erhebliche Anzahl von Dirnen verhaftet ist.

Eine wilde junge Kuh. Gestern Nachmittags wurde auf der Judenstraße eine von einem Fleischer gekaufte Ferse, welche wohl ahnen mochte, daß sie ihrer „Bestimmung“ entgegengeführt werde, scheu und wild und ging durch. Es gelang, sie in einen Hof auf der Dominikanerstraße zu treiben, wo sie gefesselt und ihr die Augen verbunden wurden, so daß sie alsdann sich wegführen ließ.

Diebstähle. Einem Klemmerlehrlinge auf der Halldorfstraße sind gestern aus seiner verschlossenen Schlafkammer mittelst Herausrensens der Haspe des Vorhängeschlosses ein dunkelgelber Winterüberzieher mit Sammettragen, und eine graue gestreifte Hose gestohlen worden. — Verhaftet wurden gestern Abends zwei Arbeiter von hier, welche mittelst Nachschlüssels in den Kellerraum eines Hauses auf der St. Martinsstraße eingedrungen sind, und daselbst nach und nach eine größere Menge Wein und andere Gegenstände entwendet haben. — Gestern Vormittags wurde ein Arbeiter verhaftet, welcher im Festungsglazis eine Mäzie gestohlen hatte, und dieselbe auf dem Markte zum Kauf anbot.

Mogilno, 5. Februar. [Kreiswundarzt.] Dem prakt. Arzte Schmarke, früher in Glogow und Adelnau, ist unter Belassung seines Wohnsitzes in Mogilno die kommissarische Verwaltung der Kreis-Wundarztstelle des Kreises Mogilno übertragen worden.

X. Ziffa, 6. Februar. [Verschönerungs-Verein.] Der hiesige Verschönerungsverein hielt in diesen Tagen die ordentliche Hauptversammlung ab. Nach den vom Vorsitzenden, Bürgermeister Herrmann, erstatteten Rechenschaftsbericht betrug die Einnahme des letzten Vereinsjahres mit Hinzurechnung des im Vorjahre verbliebenen Bestandes 2040,70 M., die Ausgabe 1245,42 Mark, der Bestand 795,28 M. Von den in diesem Sommer vorzunehmenden Verschönerungen der Anlagen und öffentlichen Plätze erwähnen wir, die projektirte Anbringung einer zweiten Fontaine an der Südfseite des Schloßtheates und die Weiterführung der Promenade auf dem überbrückten Theile des Wallgrabens. — Nachdem in Bezug auf den Bau der Chauffee von Ziffa bis an die Kreisgrenze Gubrau seitens unserer Stadt dem Kreise Gubrau gegenüber die Garantie für die Verzinsung des Baukapitals mit 4 Proz. (für die Zeit der früheren Ausführung des Baues, als dies durch Kreisabschluß festgestellt war, übernommen worden, ist nunmehr vom Landrath, Namens des Kreis-Ausschusses Gubrau die Submission zur Lieferung der nöthigen Pflaster- und Chauffeesteine zu dem chauffeemäßigen

in Sachsen, die älteste und deshalb besuchteste derartige Fachschule beginnt Mitte April den Sommer-Kurs. Sie zerfällt a. in eine **Maschinen-Ingenieur-Schule**, zur Ausbildung von Ingenieuren und Konstrukteuren für Maschinen- und Mühlenbau, von künftigen Fabrikanten aller Branchen, zu deren Betrieb maschinentechnische Kenntnisse nötig sind; b. in eine **Werkmänner-Schule**, zur Ausbildung von Werkmännern, Zeichnern, Monteuren für Maschinen- und Mühlenbau, sowie von künftigen Besitzern kleiner mechanischer Werkstätten, kleiner Mühlen, Dampflokomotiven u. s. w. Die jährliche Frequenz beträgt gegen 400 Schüler aus allen Welttheilen. Programm erhält man jederzeit gratis durch Direktor K. Woltzel in Mittweida in Sachsen.

Maschinen-Fabrik und Eisengiesserei

VON H. Cegielski in Posen

empfiehlt ausser früher schon bekannten landwirthschaftlichen Maschinen und Ackergeräthen ihre **neu** eingeführten Gegenstände, die für die **herannahende Saison** gebraucht werden, und zwar: Sack'schen und Magdeburger (Wanzleben) Tiefkulturpflug, Sawinski'schen Waldkulturpflug, Sobierski'schen Jäter, Pferdehacke nach Sack, Howard'sche Wiesenegge, Kartoffel-Furchenzieher nach Głębocki und neukonstruirte, leichte eiserne Drillmaschine, und macht aufmerksam auf ihre in der letzten Zeit bedeutend umkonstruirte und billige Brosowski'sche Torfstech-Maschine.

Katalog und Preiscourant auf Verlangen franco.

Zur Verglasung von Bauten
empfehlen wir uns unter billiger und reeller Bedienung.
M. Nowicki & Grünastel,
Tafelglashandlung und Glaserei,
Jesuitenstraße 5.
NB. Glas in Kisten billigt.

Den geehrten Konsumenten der Stadt und Provinz hält ihre

Dampf-Mehl-Fabrikate
in vorzüglicher Qualität bestens empfohlen
die **Bahukunstmühle**
Gebr. Silberstein, Posen,
Comtoir: Krämerstr. 17.

Wir wünschen am hiesigen Plage einige
Mehlniederlagen
zu errichten und bitten Bewerber, sich zu melden.
Gebr. Silberstein,
Bahukunstmühle,
Comtoir: Krämerstr. 17.

Frischer Schellfisch
Grüne Seringe
S. Samter jun.

500 Mille Thonsteine,
Klinker Verblend 1. und 2. Klasse,
stehen preiswerth zum Verkauf St.
Johannesmühlen-Bräuelei. Näheres
dieselbst beim Ziegelmeister Julius
Kulka.

Ein Herren- und zwei Damen-
Maskenanzüge sind zu verkaufen bei
Müller, Schützenstr. Nr. 20.
Wäsche zum Waschen u. Plätten
gut und billig empfiehlt sich den ge-
ehrten Herrschaften
Senselmann, Waschfrau,
Al. Ritterstr. Nr. 14.

Trunksucht
ist durch ein seit Jahren bewährtes,
ganz vorzügliches Mittel heilbar.
Das Glück vieler Familien ist durch
dasselbe wieder hergestellt worden.
Wegen Erlangung dieses Mittels
wende man sich mit vollem Ver-
trauen an
Reinhold Rehlaff, Fabrikant,
Dresden 10 (Sachsen).

Syphilis, Haut-, Frauenlei-
den, Impotenz
heilt brieflich ohne Berufsstörung
Dr. med. Zitz, Berlin, Prinzenstr. 56.
Ein freundl. möblirtes Vorder-
zimmer, Alt. Markt 77 II Tr. I.
ist sofort für 1 auch 2 Herren, mit
auch ohne Kost z. hab. Näheres das
Gesucht zum 1. April eine eleg.
Wohn. von 5 Zimm. m. Nebengel.
im oberen Stadtth. Gef. Off. mit
Preisang. sub O. K. fr. postl.

Friedrichstr. 2,
vis-a-vis dem neuen Ober-Landes-
gerichte ist ein Laden per sofort od.
1. April zu vermieten.
Ottilie Lux.

Ein geräumiger Laden
mit Schaufenster und zwei daran-
grenzende Stuben z. 1. Oktober 1882
zu vermieten. Näheres bei
Mejerstein, Bronkerstr. 12.

Ein großer Laden mit Zimmer
(4 Schaufenst.) per April - Neustr. 11
zu verm. Ertel, St. Martin 2.
Eine große Remise als Lager-
raum, im Mittelpunkt der Stadt
oder am Bahnhof wird sofort zu
mieten gesucht. Offert. sub F. S.
postl. Posen.

herrschaftl. Wohnung
St. Martinstr. 18 sofort zu verm.
Näh. daselbst I. Etage links.

Ein junger Landwirth
sucht bei bescheid. Ansprüchen zum
1. April cr. eine Stellung als Hof-
verwalter resp. zweiter Beamte.
Nähere Auskunft ertheilt gern Herr
Administrator Schmidt in Chlewist
bei Rastmierz.

Einem recht
tüchtigen Materialisten,
welcher der deutschen und polnischen
Sprache mächtig ist und gute Zeug-
nisse nachzuweisen hat, sucht per
1. April d. J. bei gutem Salair
E. Wencelowsky,
Tremessen.
Persönliche Vorstellung erwünscht.

Ein verh. Landwirth, kinderlos,
ev., 34 J., poln. Spr. mächtig, der
große Güter selbst bewirthsch., m.
gut. Zeugn. u. pers. Empfehl., sucht
sofort od. 1. April Stellung. Off.
D. II. postlag. Magimilianowo.
Für mein Destillations-Geschäft
suche ich zu sofortigem Antritt
einen Lehrling.
Siegfried Kniebel in Samter.

Commis-Gesuch.
Ein flotter Verkäufer,
welcher die Hut- u. Schirm-
branche genau kennt, kann
sofort antreten bei
Caesar Chaffak
in Breslau.

Eine junge tüchtige Wittwe sucht
eine Bedienungsstelle. Fischerei 18. I.

Ein tüchtiger
Buchbindergehilfe
findet dauernde Beschäftigung bei
V. Ertel,
St. Martin Nr. 21.

Junge Mädchen, welche Näh- u.
Blumenarbeit erlernen wollen,
können sich melden bei
Geschw. Kaskel, Neustr. 11. I. Et.
Ein lautionsfähiger unverheir.
Brenner, beider Sprachen mächtig,
mit allen Zweigen der Sehtzeit ver-
traut, 23 Jahr alt, sucht von sofort
oder 1. Juli Stellung.
Gef. Offerten v. Wazinski, Welna
bei Rogasen.

Eine Wittbin auf ein Vorwerk,
mit der Frauen- und Milchwirth-
schaft gut bekannt, der polnischen
und deutschen Sprache kundig, wird
gesucht vom 1. April. Näheres zu
erfahren bei D. Aron, Posen,
Markt 92.

Eine bekannte gut eingeführte
Feuerversicherungs-Gesellschaft sucht
in Posen u. Bromberg tüch-
tige Haupt-Agenten mit aus-
gegebener Bekanntschaft bei hoher
Provision.

Nur solche wollen sich melden
sub L. M. 3 in der Expedition dieser
Zeitung.

Zum 1. April d. J. sucht einen
unverh., tüchtigen, energischen, der
polnischen Sprache mächtigen
Inspektor
Dom. Trzeczal bei Tremessen.

Zur Fortführung meines Haus-
halts mit 4 Kindern unter 14 Jahren
suche ich zum 1. April cr. eine
Wirthschafterin gehesten Alters,
evangelischer Confession. Gehalt
nach Uebereinkommen. Persönliche
Vorstellung erwünscht.
Grätz, Februar 1882.
Sabel, Brauereibesitzer.

Ein
junger Mann,
mit der Kurz- u. Stabeisenbranche,
sowie mit der Buchführung und
Correspondenz vertraut (der poln.
Sprache mächtig) findet per 15.
Februar cr. Stellung bei
Simon Lewinsohn,
Strelino.

Cotta'sche Bibliothek



der Weltliteratur.

Dieses neue litterarische Unternehmen bringt in gleichmässigen, gut
redigierten und schön gedruckten Oktav-Ausgaben zum Preise von nur

1 Mark

für den elegant in Leinwand gebundenen Band von ca. 300 Druckseiten die
klassischen Dichterwerke Deutschlands und des Auslands, u. A. die Werke von
Goethe, Schiller, Lessing, Shakespeare, Molière, Dante, Calderon, Platen,
H. v. Kleist, Lenau, Chamisso, Körner. — Alle 2 bis 3 Wochen ein Band.
Man kann auf die ganze Serie oder auf einzelne Dichter sub-
skribieren. Auch einzelne Bände werden abgegeben.

Folgende Beispiele mögen das Ausserordentliche dieses neuen Unter-
nehmens klar machen: Schillers sämmtl. Gedichte eleg. geb. werden 1 Mark
kosten, Göthe's Faust 1. und 2. Theil zusammen in 1 Band geb. 1 Mark etc.
Ausführliche Prospekte, sowie Probebände durch

Albin Berger's Buchhandlung, St. Martin 13.

Der allmächtige Gott hat gestern Nachts um 12
Uhr mein heissgeliebtes Weib

Anna geb. Kaskel

nach langem, schwerem Leid durch den Tod für's Erden-
leben von mir und unsern fünf Kindern getrennt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. d. M.,
um 1 Uhr Nachmittags hier vom Trauerhause aus statt.
Riepruzewo, am 6. Februar 1882.

In tiefem Schmerze

Paul Schindowski

Am 5. d. Mts. entschlief nach langen und schweren
Leiden unser Stadt-Kämmerer,

Herr Gotthold Schmidt,

nachdem er der hiesigen Stadtgemeinde in seinem schwie-
rigen und verantwortlichen Amte mit außerordentlichem
Fleisse, großer Gewissenhaftigkeit und seltener Ausdauer
über 31 Jahre gedient hatte.

Das Andenken an ihn und seine langjährigen,
treuen Dienste wird niemals bei uns erlöschen.

Lissa i. P., den 6. Februar 1882.

Der Magistrat.

Die Stadtverordneten.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter
Josephine mit dem Rittergutsbesitzer
Leopold Mittelstädt auf
Witowiczki, beehren wir uns guten
Freunden und Bekannten ergebenst
anzukündigen.

Czeluscin, den 4. Febr. 1882.
Albrecht und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Josephine Albrecht,
Leopold Mittelstädt.

Czeluscin. Witowiczki.

Montag, den 6. Februar, Nach-
mittags 2½ Uhr verschied unser ge-
liebtes Töchterchen Hedwig im
Alter von 10 Monaten an Zahn-
krämpfen.

Die Beerdigung findet Donnerstag
2½ Uhr statt.

W. Bethge,
Kapellmeister im I. Niederschles.
Inftr.-Regt. Nr. 46,
und Frau.

M. S. II. A. 74. J. II. Bf.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich
Dominkanerstr. Nr. 2
mit dem heutigen Tage

eine Restauration
eröffnet habe und um geneigten Zu-
spruch bitte. **Albert Koepen.**

Schweizergarten.

Heute Mittwoch, den 8. Febr.:
Für diesen Winter das letzte Mal
Vormittags von 10 Uhr ab Well-
fleisch, von 6 Uhr Nachmittag ab
frische Kesselfurst mit Sauer-
kraut. Später Tanzfränzchen,
wozu alle Freunde und Bekannten
ergebenst einladet
Sandmann.

Der seit vielen Jahren rühm-
lichst bekannte

R. F. Daubitz'sche
Magenbitter
und das bei Kopfschmerzen so
wohlthuende

Berliner Wasser
von **R. F. Daubitz**
ist echt zu haben in Posen bei
W. F. Moyer & Co.,
E. Brumme u. S. Samter Jr.

Concert

zum Besten der hiesigen Dia-
konissen-Anstalt

am
Montag den 13. Februar d. J.,
Abends 7½ Uhr präzis,
im Lambert'schen Saale.

Programm:
1. Quintett in G-moll für 2 Gei-
gen, 2 Bratschen und Cello, von
Mozart
Allegro — Menuetto — Adagio —
Adagio, Allegro.
2. a) Die blauen Frühlingsaugen,
Lied von **Franz.**
b) Die Stille, Lied v. **Schumann.**
3. Arie der Elisabeth aus Tann-
häuser von **Wagner.**
4. Liebeslieder von **Brahms.**

5. Bolero f. Clavier v. **Chopin.**
6. Von ewiger Liebe, Lied von
Brahms.
7. Lied der Pagen aus den Hugen-
otten von **Meyerbeer.**
8. Quintett op. 114. (Forellen-
Quintett) für Clavier, Geige,
Bratsche, Cello und Bass von
Schubert.

Allegro vivace — Andante —
Scherzo — Andantino mit Varia-
tionen — Allegro.

Preise: Numm. Sitzplatz 2 Mark.
Stehplatz oder Balkon 1 "
Billets bei den Herren
C. Bote & C. Bode.

Lambert's Concert-Saal.

Mittwoch, den 8. Februar c.,
Abends 8 Uhr:

34. Konzert
der Kapelle 1. Niederschles. Inftr.-
Regts. Nr. 46.,
unter Leitung des Konzertmeisters
Herrn **Fulde.**
Entrée 25 Pf.

W. Bethge,
Kapellmeister.

Bismarck-Tunnel.

Heute Abend 7½ Uhr:
Großes
Extra-Frei-Konzert.

Für Mütter!
Kuhmilch sollte Kindern nur
gereicht werden u. Zusatz v.
Empe's Kindermahrung.
Die Kinder gedeihen ganz vorzüglich.
Lager: Dr. Wachsmann's Apoth.
Posen.

„Bod“
Versand hat begonnen.
Schloss-Brauerei Sohwiobus.
L. Kramm.

Stadt-Theater.
Mittwoch, den 8. Februar c.:
Der Jourfix.
Luftspiel v. G. Bürger.
Donnerstag, den 9. Februar cr.
Rienzi.

B. Heilbronn's
Volks-Theater.
Mittwoch, den 8. Februar c.:
Luftspiel
der drei Geschwister Kommer, ge-
nannt „Schwäbische Singvögel“.
Schönwäldchen.
Römische Operette in 3 Akten.

Auswärtige Familien- Nachrichten.

Verlobt: Frä. Johanna Haad mit
Hrn. William R. Kroll. Frä. Mar-
garethe Kieselich mit Hrn. u. Fa-
brikbes. Rudolf Marggraf in Frank-
furt a. O. Frä. Ella Salice mit
Fabrikbesitzer Carl Schmitt in Zittau
u. Neichenau. Frä. Johanna Möll-
mann m. Staatsanwalt Dr. Schulze
Bellinghausen in Herten u. Brom-
berg. Frä. Hildegard Pfautsch mit
Dr. phil. Felix Kaleyth in Spandau.

Verheiratet: Herr Alfred Pastor
in Thorn mit Frä. Sophie Pactow
in Berlin. Rabb. Dr. Bernhard
Ritter mit Frä. Rosa Meyersohn
in Breslau. Amtsrichter Dr. Hub.
Gumbinner mit Frä. Johanna Deide
in Wittenberge.

Geboren: Ein Sohn: Herrn
F. Glaeser in Charlottenburg. Herrn
F. Rubin in Gumbinnen. Pastor
Blümede in Jägle b. Friedland
i. M. Lieutenant von Hartmann
in Meiningen. — Eine Tochter:
Amtsgerichtsrath Th. Wiener in
Berlin. Herr Georg Scheibler in
Weßend.

Gestorben: Frau Emilie Herr-
mann, geb. Simon in Berlin. Hrn.
C. Aufschwitz Sohn Franz in
Berlin. Frau Professor Theresie
Bernhard, geb. Hoffmann in Berlin.
Kaufmann H. Neuberg in Weisenlee.
Frau Jeanette Salomon, geb.
Pinkson in Dresden. Frau Karoline
Weber in Berlin. Frau Ernestine
Diederichs, geb. Heibese in Berlin.
Hr. Adolph Bach in Berlin. Kauf-
mann Hermann Dreißbach in
Charlottenburg. Frä. Elise Hummel
in Plagwitz b. Leipzig. Verw. Frau
Hauptmann Schlichting, geb. Guck-
feldt in Leipzig. Hauptmann August
von Ziemiecki Tochter Sophie in
Weilburg. Verw. Frau Hauptmann
Amalie Herhards geb. Erdmann in
Königsberg i. Pr. Steuer-Inspektor
Kerndorf in Wanzleben. Frau
Rittergutsbesitzer Marie Budde,
geb. Wendenburg auf Rittergut
Bernsdorf. Frau Charlotte
von Saenger, geb. Eben in Berlin.
Kaufmann Emil Cnappius in
Stettin. Frau Amalie von Scheven,
geb. Gasper in Aderhoff. Major v. D.
Georg Baron von Malortie Sohn
Ernst in Dresden.

Für die Inserate mit Ausnahme
des Sprechsaals verantwortlich der
Verleger.